

# Arbeiter-Zeitung

Sonnabend, 27. Oktober 1923  
10. Jahrgang, Nummer 252

Erzählt täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,80 M., monatlich 2,80 M., Einzelnummer 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 3,60 M., unter Stempelband 8,00 M. Anzeigenpreis: Die befristete Zeile über dem Haupttitel 12 Pf., Bericht- und Berichterstattungsanzeigen 6 Pf. Kleinanzeigenpreis: Die dreifache Zeile über dem Haupttitel im Wert 70 Pf. — Schluss der Inseratenannahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
**Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

**Haupt-Expedition:** Berlin 10, Treptower Straße 50, Telefon 560 80. **Verkaufsstellen:** Berlin 144, Rebellienstraße 10, Telefon 239 02. **Expeditionen:** Berlin 13-14, Prenzlauer Berg 17-18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

## Millionengeschichte an die Pfaffen!

### Was das Konkordat in Preußen bringt

(Fig. Ber.) Berlin, 26. Oktober.

Die „Welt am Abend“ ist in der Lage, aus den bisher geheimgehaltenen Verhandlungen zwischen der preussischen Regierung und der Kurie, die zu dem nahe bevorstehenden Konkordat führen sollen, einige charakteristische Tatsachen mitzuteilen. Nach diesen Mitteilungen soll sich der preussische Staat verpflichten, daß die Bischöfe, ohne daß Preußen ein Wort der Mitbestimmung zu sagen hätte, allein von Rom ernannt werden. Auf derselben Linie liegt eine andere Konkordatsbestimmung, nach der die Ordens- wie die weltlichen Priester der Jurisdiktion ihres vorgelegten Bischofs unterworfen sind. Es werden in dieser Weise für den Klerus der Feudalzeit entnommene Ständevorrechte geschaffen, die die Möglichkeit bieten, die Priester im Falle irgendwelcher Vergehen den ordentlichen Gerichten zu entziehen. Was die Frage der Schule anbelangt, so soll das Konkordat vollendete Tatsachen für die konfessionelle Schule schaffen, für die Festlegung des sogenannten *Elternechts* und für die Einführung der geistlichen Schulaufsicht, und so das bis jetzt noch nicht beschlossene Reichsschulgesetz des Herrn von Neudell im voraus für Preußen realisieren. Den größten Triumph feiert die päpstliche Kurie auf dem entscheidenden finanziellen Gebiet. Die finanzielle Seite offenbart sich am kräftigsten in der im Konkordat zugestandenen Neugründung von Bistümern. Indem diesen Neugründungen zugestimmt wird, erhält die katholische Kirche von staatswegen neue Bischofsgehälter, die jeweils 30 000 bis 35 000 Mark

betragen, neue Zuwendungen zur bischöflichen Verwaltung, deren Summe sich jeweils um 200 000 Mark herum bewegt, neue Geldleistungen für den großen Stab von bischöflichen Würdenträgern, für das Domkapitel, die Domherren, Dompräbende, Domvikare usw., von denen niemand unter 10 000 Mark pro Jahr bezieht. Sehr knapp berechnet, kostet die Einrichtung eines Bistums mindestens die sofortige einmalige Ausgabe von 1 Million und einen fortlaufenden Zuschuß von jährlich einer halben Million Mark. Zu all dem kommt noch, daß grundsätzlich die Wiedergutmachungspflicht des Staates aus der Enteignung der Kirchengüter im Jahre 1803 anerkannt wird. Es läßt sich noch nicht annähernd überblicken, wie stark diese finanziellen Belastungen für den preussischen Staat, d. h. für die Steuerzahler, sich stellen werden, da weder auch nur annähernd die Aufwertung, die die katholische Kirche verlangt, noch auch die Kosten, die die geistliche Oberaufsicht über die preussischen Schulen mit sich bringen wird, abgeschätzt werden können.

Die sozialdemokratische Presse hat das größte Interesse daran, die Verhandlungen der preussischen Regierung mit der Kurie vor ihren Wählern und Lesern zu verheimlichen, um so mehr, als die Veröffentlichung dieser Tatsachen die im Gang befindliche Verbeugung der SPD. durch die Empörung der SPD-Mitglieder auf das Empfindlichste stören dürfte.

### Um die Koalition!

#### Vor der Umbildung der preussischen Regierung

Berlin, 26. Oktober.

Während nicht gerade zahlreiche unentwegte SPD-Leute, Arbeiter und kleine Funktionäre, versuchen, unten das Programm der Verbemöche ihrer Partei zu erfüllen, die sich allem Anschein nach zur Pleite-Woche auswächst, verhandeln oben die Führer der Panzerkreuzerpartei eifrig über das kommende Schicksal der Koalition.

Unerbittlich und hartnäckig verlangen die bürgerlichen Fraktionen, auf der einen Seite das Zentrum, auf der anderen Seite die Deutsche Volkspartei, die Einlösung der bei der Regierungsbildung von der SPD. übernommenen Verpflichtungen.

Unerbittlich verlangt das Zentrum vor allem anderen den Abschluß des Konkordats in Preußen. Wie der „Vorwärts“ berichtet, beraten Breitheid, Wittmann, Herz und Wels von der SPD. und Bell, Esser, Lammer und Siegerwald vom Zentrum eifrig über die Grundlagen des schwarzroten Blods. Wie weit die Zugeständnisse der SPD., insbesondere in der Frage des Konkordats, von ihr angeboten sind, das geht aus der Kampagne hervor, die von Seiten der Deutschen Volkspartei in aller Öffentlichkeit gegen den Konkordatsabschluß geführt wird. Der preussische Kultusminister Weder, ein Volksparteiler, hat ein Memorandum zu dieser Frage verfaßt, der preussische Finanzminister protestiert energisch gegen die beabsichtigte Einschränkung der preussischen Finanzhoheit. Die Verhandlungen haben weiter ein Zusammengehen des christlichen Gewerkschafterschlages mit dem ADGB als sozialpolitische Basis der stärkeren Beteiligung des Zentrums an der Regierung zur Grundlage. Die „Sozialpolitik“, die SPD. und Zentrum gemeinsam beraten, besteht vor allem darin, daß Herr Stegerwald, der reaktive Führer des rechten Flügels des Zentrums, der zugleich Vertreter der Zentrumsgewerkschaftsbürokratie ist, in die Regierung eintritt.

Auf der anderen Seite meldet sich die Deutsche Volkspartei. Dr. Scholz, ihr preussischer Fraktionsführer, hat in Tüft eine Rede gehalten, in der er einiges über die Koalitionsumbildung zum besten gab. Die Volkspartei wendet sich aus fraktionellen und konfessionellen Gründen zunächst gegen den Konkordatsabschluß nach den bisherigen Plänen. Sie droht für den Fall des Konkordatsabschlusses mit einer Sprengung der Koalition in Preußen und einer Erschwerung der Koalitionsverhandlungen im Reich. Scholz führte aus, daß er es für ziemlich sicher ansehe, daß die Vorlage dem preussischen Landtag unterbreitet werde. „Es scheint aber, nach dem, was bisher verlautbart ist, müßte es für den preussischen Staat Verschlechterungen des bisherigen Zustandes bringen. In diesem Konkordat würden sogar die Schulen berührt. In dem Augenblick, wo dies geschieht, entsteht eine vollkommen neue Situation. Nicht nur, daß die Koalitionsverhandlungen erschwert würden, sondern es würde auch die gegenwärtige Koalition in Preußen gesprengt werden, da die Demokraten austreten werden. Die Deutsche Volkspartei würde natürlich nicht die Aufgabe übernehmen, an die Stelle der Demokraten den Ministerpräsidenten zu einem Konkordat zu verfehlen.“

So manövrieren die bürgerlichen Fraktionen gegeneinander, um in der Koalition die besten Positionen zu erreichen.

Bemerkenswert ist, daß Scholz in seiner Rede einige andere Punkte der Koalitionsumbildung scharf unterstrich. Erstens fordert die Volkspartei die Einbeziehung der Wirtschaftspartei in die Koalition; zweitens fordert sie nachdrücklich die sofortige Umbildung der preussischen Regierung (daher das Spiel mit dem Konkordat); drittens bleibt es bei der Ablehnung des Verfassungsfeiertages; viertens bleibt es bei dem Panzerkreuzerbau.

Insgesondere dieser letzte Punkt wird der SPD. keine geringen Schwierigkeiten machen, der Triumph über die unzureichende Einzeichnung zum Volksbegehren wird kurzen Atem haben. In wenigen Wochen wird die SPD., um nach Severings Lösung eine „Regierung für die nächsten Jahre“ von den bürgerlichen Fraktionen zugelassen zu erhalten, dem Panzerkreuzerbau bei der Beratung der zweiten Rate zum zweiten Male den Weg ebnen müssen. Konkordat für das Zentrum, Panzerkreuzer für die Deutsche Volkspartei und reaktionäre Streikbrecherarbeit und Sabotage der Wirtschaftskämpfe für die Unternehmer aller Parteienrichtungen, das sind die Grundlagen der Koalitionsverhandlungen, die die SPD. in der gleichen Woche führt, in der sie den Massen vergeblich die Güte zu erzählen versucht, sie und nicht die Kommunisten verwalten das Erbe der revolutionären Sozialdemokraten aus der Zeit des Sozialisten-

## Blaue Bohnen - statt Brot

### Polizei schießt auf Streitende in Hamburg

Hamburg, 26. Oktober. (Fig. Drahtber.) Der Hafenbetrieb liegt fast reglos still. Der Kampf hat sich ungeheuer verschärft. Das Schupoangebot ist verdoppelt, teilweise verdreifacht worden. Die Schupo befördert die Streikbrecher im Auto zu den Ausladeplätzen und holt sie auch wieder ab. Ferner geht die Schupo dazu über, Streikposten anzuhalten, um sie zur Arbeit zu zwingen. Diejenigen, die sich weigern, werden verhaftet, und es wird ihnen die Arbeitskarte des Hafenbetriebsvereins entzogen. Die Streikflugblätter wurden beschlagnahmt.

Ein Teil der KPD.-Genossen ist bereits verhaftet. Die Mitglieder des Reichsbanners haben von ihrer Leitung Anweisung erhalten, gemeinsam mit der Polizei Patrouillendienste auf Autos durchzuführen. Die Reichsbannerleute, die sich dazu mißbrauchen lassen, tragen aber Zivilkleidung, haben auch nicht das Reichsbannerabzeichen angeheftet, sondern tragen zur Täuschung der Arbeiterschaft KPD.-Abzeichen.

Doch trotz allem Terror der Polizei und der Sozialfaschisten breitet sich der Streik immer weiter aus. Die Emergentenführer des größten Fräsebetriebes Lütgend und Reimer haben beschlossen, sich dem Streik anzuschließen. In sechs Betrieben der „Ver-einigten Elbschiffahrt“ haben die Belegschaften ebenfalls die Teilnahme am Streik beschlossen. Die Erbitterung gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die Polizei gegen die Streikenden heften und das Verbot der „Hamburger Volkszeitung“ gefordert haben, ist unbeschreiblich.

Eine Versammlung bei Sagebiel war so überfüllt, daß man eine Parallel-Versammlung einberufen mußte, bei der sich wiederum der Saal, der dazu genommen wurde, als zu klein erwies. Tausende von Arbeitern sammelten sich auf der Straße, die nicht mehr Einlaß finden konnten. Die Polizei gab

Schredschüsse zur Zerstreuung der einlaßbegehrenden Demonstranten ab. Die Stimmung in der Versammlung war glänzend. Alle Streitenden brachten zum Ausdruck, daß der Kampf fortgesetzt werden müßte und wandten sich mit aller Schärfe gegen die sozialdemokratische Polizei. Der Verkehrsband hat seine Funktionäre zusammengetufen, um den Streikbruch weiter zu organisieren. Sammler für die KPD. wurden verhaftet. Die Sympathie der Bevölkerung ist sichtlich auf Seiten der Streitenden.

### Vertrauensfundgebung für Thälmann

1078 — 6 Stimmen

Berlin, 26. Oktober. (Fig. Ber.) Mittwoch abend tagte in den Adreas-Festhallen eine Führerkonferenz des Roten Frontkämpferbundes und der Roten Jungfront Groß-Berlins. Noch nie waren die

Führer des RFB. in so vollzähliger Weise erschienen, wie an diesem Abend. Es waren im ganzen 1084 Funktionäre anwesend. Der Kamerad Thälmann wurde immer wieder mit stürmischem Beifall begrüßt. Nach einem ausführlichen Referat, das der Kamerad Thälmann über die Lehren des Volksbegehrens hielt, sprach der Kamerad Dibrich über die Vorgänge anläßlich des Falles Wittorf. Mit 1078 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen wurde eine Resolution angenommen, die dem 1. Bundesführer das vollste Vertrauen aussprach.

### Vom Tage

Dr. Stresemann wird Anfang November seine Tätigkeit als Außenminister wieder ausüben.

Gestern nachmittag wurde in Berlin die Tagung des Deutschen Beamtenbundes eröffnet.

Am Donnerstagsvormittag wurde dem thüringischen Landtagspräsidenten die neue Ministerliste vorgelegt, die aus Landbündlern, Wirtschaftsparteilern und Demokraten besteht.

Die Studentenkravalle in Ungarn dauern an. Die Universtität in Fünflirchen ist geschlossen worden.

Bei der Beerdigung der Opfer der Ginkurgkatastrophe von Vincennes kam es zu Kundgebungen der revolutionären Arbeiterschaft; nach bürgerlichen Berichten nahm die Polizei 1200 Verhaftungen vor.

Der Generalrat von Marseille hat auf kommunistischen Antrag beschlossen, die streikenden Seeleute mit einer Million Franken zu unterstützen.

Der Verfassungsausschuß des Nationalrates hat den Beitritt Oesterreichs zum Kellogg-Pakt genehmigt.

Bei den gestrigen Beratungen des Reichstagsausschusses wurden die kommunistischen Verbesserungsvorschläge mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Der Reichsrat genehmigte den Vertrag mit der Tschekoslowakei über die Grenzober und ein Abkommen mit Holland über Zusammenlegung der Grenzabfertigung im Rheinischflä-verkehr.

# Strome Savotage der Zusammenkunft

Zentrale-Mitglieder weiter verurteilt  
Keine vollkommene Einstellung des Zentrale-Prozesses  
Breslau, 26. Oktober.

Die bürgerliche Presse berichtet: In einer nichtöffentlichen Sitzung beschäftigte sich der 4. Straf- senat des Reichsgerichts mit der Einsteilung des Verfahrens gegen die Mitglieder der kommunistischen Zentrale und andere kommunistische Funktionäre, die wegen Vorbereitung des Hochverrats angeklagt bzw. angeschuldigt waren. Es wurde beschlossen, das Verfahren auf Grund des § 2 des Reichsgerichtsgesetzes über Straffreiheit vom 14. Juli 1928 mit der Maßgabe einzustellen, daß sich die Einsteilung des Verfahrens nicht bezieht bei dem Angeklagten Klemm, der ihm zur Last gelegten strafbaren Handlungen aus der Zeit vom Juni 1927 ab, bei dem angeschuldigten N. H. R. auf die ihm vorgeworfenen Straftaten in der Zeit vom März 1928 ab, und bei dem angeschuldigten T. H. H. auf die ihm vorgeworfene Straftat, die nach dem 1. Januar 1928 begangen ist. Ob und inwieweit das Gesetz über die Straffreiheit vom 14. Juli 1928 auf die letztgenannten Straftaten, soweit sie vor dem 1. Januar 1928 begangen sind, Anwendung zu finden hat, bleibt späterer Prüfung und Entscheidung vorbehalten. Die Haft besteht werden aufgehoben.

# Was das englische Weiß- und das französische Blaubuch erzählen

Unter dem Druck des amerikanischen Imperialismus und der durch seine Presse in Frankreich und in England erzeugten Beunruhigung über das englisch-französische Flottenkompromiß sind die Londoner und die Pariser Regierung jetzt gezwungen, einen Teil ihrer Geheimmachungen der Öffentlichkeit vorzulegen. In Paris ebenso wie in London sind als französisches Blaubuch und englisches Weißbuch einige der Dokumente soeben veröffentlicht worden, die auf die Vorgeschichte des Bündnisses und das Bündnis selbst Bezug haben. Diese Dokumente stellen natürlich nur einen Teil der Verhandlungen dar. Aber schon dieser Teil kennzeichnet ganz unzweifelhaft den Charakter des „Flottenabkommens“ als imperialistisches Bündnis, als eine gemeinsame englisch-französische Vorbereitung zum kommenden Krieg.

vertraulichen Verhandlungen in den Berichten nichts enthalten sei. Schon diese Tatsache beweist, daß nur der geringste Teil der Abmachungen jetzt preisgegeben wird. Aus der Erfahrung der Weltkriegsbücher, die im Weltkrieg modern geworden sind, ist von vornherein klar, was der Dokumentenwert dieser Veröffentlichungen bedeutet.

Die Geheimdiplomatie, die selbstverständlich zur Verschleierung der imperialistischen Bündnisverhandlungen angewandt wird, wird übrigens durch die vorliegende Veröffentlichung aufs Beste charakterisiert. Das englische Weißbuch entfällt unzweifelhaft die Tatsache, daß Chamberlain, der im Juli 1928 noch der Öffentlichkeit vorzulegen wollte, es handelte sich bei dem Flottenkompromiß lediglich um eine Angelegenheit der Bewaffnung zur See, die Zufall der Beschneidung der Öffentlichkeit und damit der Arbeiterklasse nur in dem Maße ausgiebt, als die geheimen imperialistischen Abmachungen durch Fälschungen, Verräterei usw. aufgedeckt werden. Ebenso wie Chamberlain im Juli 1928, so später Lord Curzon, der bekanntlich in einem umfangreichen Telegramm noch vor den Enthüllungen des Korrespondenten der Pariser „Rechts-Presse“ an die Vereinigten Staaten erklärt hatte, das „Flottenkompromiß mit Frankreich trage in hohem Maße den Charakter der Vereinigten Staaten Rechnung“. Das Weißbuch schließt deshalb bezeichnenderweise auch mit einem Protest gegen den Vorwurf der „Geheimhaltung“, der gegen die britische Regierung erhoben wurde. In dem Augenblick, wo wichtige Teile des englisch-französischen Bündnisses aufgedeckt sind und wo ein „Weißbuch“ erscheinen muß, wagen es die imperialistischen Drahtzieher, sich als friedliche, demokratische, die Öffentlichkeit informierende Leute hinzustellen, die über die eine oder die andere Rüstungsfrage ein ganz harmloses Abkommen getroffen haben.

Zunächst geht aus den Akten ganz unzweifelhaft hervor, daß das Bündnis auf englische Initiative hin abgeschlossen worden ist. Chamberlain hatte zuerst einen für Frankreich annehmbaren Kompromißvorschlag gemacht. Es heißt wörtlich über die von Chamberlain am 10. März 1928 dem französischen Außenminister Briand gemachten Vorschläge, die die Einleitung der Verhandlungen der beiden Regierungen über das spätere Kompromiß bedeuteten:

„Chamberlain erklärte, daß der englische Vorbehalt über die Landreserven nicht aufgegeben werden könne, falls eine Konzession in dieser Beziehung nicht durch analoges Zugeständnis für die englische Marine ausgeglichen werden sollte.“

Die Weißbücher beweisen der Arbeiterklasse aufs neue die Kriegsgeschichte, sie beweisen die englische Initiative, einen europäischen Block zusammenzubringen, sie bestätigen einige Details der imperialistischen Abmachungen und lassen einen Schluß auf die ganze Wahrheit der verbrecherlichen Vorbereitungen zum kommenden Kriege, der vor allem den Angriff gegen die Sowjetunion bringen wird, zu.

Briand verlangte daraufhin die Abschrift der englischen Vorschläge, um sie dem französischen Admiralstab vorzulegen. Diese Vorschläge bestätigten die bisherigen in der amerikanischen Presse gemachten Enthüllungen, wonach England der französischen Regierung verstärkte Landrüstungen, vor allem Zugeständnisse in der Frage der Reservistenausbildung, macht und umgekehrt Frankreich an England Seerüstungs-Erweiterungen zugestimmt. In den Dokumenten wird dann ausdrücklich von einer „Phase von Verhandlungen vertraulichen Charakters zwischen den Sachverständigen beider Länder“ gesprochen. Die bürgerliche Presse stellt fest, daß über diese

zungen angekündigt und die berüchtigten Strafzettel, die schon einmal zu einer großen Streibewegung geführt haben und unter dem Druck der Arbeiter zurückgezogen werden mußten, wieder angeschlagen lassen. Als Antwort auf diese zynische Provokation haben die Arbeiter in mehreren Betrieben die Arbeit wieder niedergelagt. Die Arbeiterklasse ist über den beispiellosen Verrat der BSE-Führer äußerst erbittert. Die Versammlungen stehen im Zeichen schärfster Auseinandersetzungen. Der Einfluß der kommunistischen Partei, die im vollen Bewußtsein ihrer Aufgabe die Streibewegung unter Einsetzung aller Kräfte geführt hat, ist ganz erheblich gewachsen.

## Zusammentritt der Sachverständigen-Kommission in Paris

11. Berlin, 26. Oktober. Im Zusammenhang mit dem Besuch des Reparationsagenten Parler Gilbert beim Reichskanzler Müller teilt der „Vorwärts“ mit, daß die in Aussicht genommene Sachverständigenkommission zunächst in Paris zusammentreten und dann nach der Vorbereitung ihrer Arbeiten nach Berlin übersiedeln werde.

## Kleine Nachrichten

Mord in einer Fürsorgeanstalt. In München-Gladbach wurde am Donnerstagabend der 15-jährige Sohn des Bergbauarbeiters Holländer ermordet aufgefunden. Er hat mehrere Verletzungen erlitten. Der Mörder, der 17-jährige Fürsorgezögling Staudt, ist entkommen. Er hat aus der Wohnung des Meisters einen Geldbetrag von 500 Mark gestohlen und einen Smoking, den er wahrscheinlich zur Flucht angezogen hat.

Ein Eisenbahnunfall in Schottland. Zwei Geister getötet. — 11. London, 25. Oktober. Bei Wampthray in Schottland, an der Eisenbahnstrecke London-Glasgow fuhr ein Personenzug, wahrscheinlich infolge falscher Weichenstellung, auf einen haltenden Güterzug auf, wobei zwei Geister getötet wurden.

## Ungünstiger Stand für Gummann

Im Gladbacher Mordprozess sind noch rund 90 Zeugen zu vernahmen. Die gefragten Verhandlungen wurden wieder unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Zunächst werden die Zeugen vernommen, die über den Mörder Ostendorf aussagen sollen, der sich im Juni erschoss. Ostendorf soll mit der Mordtat in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Der Dinkel des Ostendorf, der

gerichtsrat Gagner vernommen wurde, bequimte sich bei dieser Gelegenheit bereits zu einigen Geständnissen:

„In Frau Burdeau (eine Brüsseler Mätresse) habe ich seit anderthalb Jahren monatlich etwa dreihundert bis vierhundert Mark gegeben. Einmal auch einen Brillantring für sechszehnhundert Mark.“

„Kirchner schenkte mir monatlich eintausend Mark als Speisegeld.“

„Die übrigen hiesigen tausend Mark Kriegsgewinn rühren aus Geschäften her, die ich zusammen mit Van Dee, dem Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Nordamerika, gemacht habe.“

Dieser Van Dee hat auch mit dem Hauptmann Israel\*, dem früheren Vorstand des Militär-Textilbeschaffungsbüros Gent, Geschäfte gemacht.

Beigerte sich der als Opfer erlorene Belgier, auf diesen schändlichen Vorschlag einzugehen, so trat Leutnant Hummel, der sich bei solchen Verhandlungen anfangs zunächst im Hintergrunde zu halten pflegte, aus demselben plötzlich wie der böse Geist hervor und sagte drohend: „Sohn, dann soll der Herr es eben bleiben lassen, aber ich werde dafür sorgen, daß dein ganzes Lager morgen vormittag von unserer Militärpolizei beschlagnahmt und ausgeräumt wird, dann hat er einen Dreck!“

Leutnant Hermann Hummel arbeitete, wie aus dem Inhalt der seinen Namen tragenden Kriegesgerichtsakten ersichtlich ist, mit den niederträchtigsten Mitteln, um sich sein heutiges großes Vermögen zu erwarren.

Hörte er z. B., daß irgendein holländischer Fabrikant oder Großhändler noch beträchtliche Mengen der in der Kriegszeit so heiß begehrten Textilwaren besaß, so begab er sich mit einem der vom Wirtschaftsausschuß der 4. Armee zugelassenen Käufler — gewöhnlich einem Angehörigen des erwähnten Kirchner —, die natürlich mit ihm unter einer Dede stellten, zu dem betreffenden Manne und ließ demselben, zunächst unter vier Augen, einen Preis anbieten, der nie mehr als der sechsten Teil des wirklichen Wertes der in Frage stehenden Leinwandballen oder ähnlichem betrug.

Beigerte sich der als Opfer erlorene Belgier, auf diesen schändlichen Vorschlag einzugehen, so trat Leutnant Hummel, der sich bei solchen Verhandlungen anfangs zunächst im Hintergrunde zu halten pflegte, aus demselben plötzlich wie der böse Geist hervor und sagte drohend: „Sohn, dann soll der Herr es eben bleiben lassen, aber ich werde dafür sorgen, daß dein ganzes Lager morgen vormittag von unserer Militärpolizei beschlagnahmt und ausgeräumt wird, dann hat er einen Dreck!“

Die an sich ganz niederträchtige Denunziation des abgefeimten Epigonalen Geistes, der gegen künftigen Entgelt sogar seine eigene Frau an die bei ihm französischen Sprachunterricht nehmenden königlich preussischen Etappen-Offiziere verknüpfte — je nach der Höhe des Betrags auf Stunden oder eine ganze Nacht —, erwies sich aber als mächtiger als die Hilfe Gottes, auf die der wackere Leutnant Hummel seine Sache gestellt hatte.

Einmal sprach er sich mit dem Hauptmann Israel\*, dem früheren Vorstand des Militär-Textilbeschaffungsbüros Gent, Geschäfte gemacht.

Das Kriegesgericht der Etappen-Inspektion, vor dem er sich im Frühjahr 1918 zu verantworten hatte, behandelte ihn zwar, seine Verbrechen berücksichtigend, sehr pünktlich, aber es verurteilte ihn immerhin zu neun Monaten Festungshaft, die er schonen Köln abzusitzen mußte.

Beigerte sich der als Opfer erlorene Belgier, auf diesen schändlichen Vorschlag einzugehen, so trat Leutnant Hummel, der sich bei solchen Verhandlungen anfangs zunächst im Hintergrunde zu halten pflegte, aus demselben plötzlich wie der böse Geist hervor und sagte drohend: „Sohn, dann soll der Herr es eben bleiben lassen, aber ich werde dafür sorgen, daß dein ganzes Lager morgen vormittag von unserer Militärpolizei beschlagnahmt und ausgeräumt wird, dann hat er einen Dreck!“

Er war noch nicht lange dort, da fandte er eine Photographie an seine guten Kameraden, die ihn im Kreise anderer gutaussehender Häftlinge im Offiziersklub zeigte und auf der zu sehen ist, wie er über das ganze Gesicht lacht.

Einmal sprach er sich mit dem Hauptmann Israel\*, dem früheren Vorstand des Militär-Textilbeschaffungsbüros Gent, Geschäfte gemacht.

Er hatte auch allen Grund dazu: er war ein schwerer Mann, und das Eisener Kreuz, das er für sein Schießen und Betragen in der Etappe Gent auf seinen erst bayerischen Bierbauch gefängt bekam, hatte man ihm selbstverständlich auch befallen.

Einmal sprach er sich mit dem Hauptmann Israel\*, dem früheren Vorstand des Militär-Textilbeschaffungsbüros Gent, Geschäfte gemacht.

Die braven Augsburger mußten doch auch wissen, daß das dankbare Vaterland keine Verbleibe unbefehligt läßt.

(Fortsetzung folgt.)

# Erotik und Spionage in der Etappe Gent von Heinrich Wandt

(Copyright by Agis-Verlag / Wien-Berlin.)

Dr. Kaufmann August Hardt aus Darmen, der der Kriegskriegsabwehr in Gent als Leiter des Hauptgeschäftsraums zugewiesen war, gab bei seiner gerichtlichen Vernehmung am 8. September 1918 an, daß der verhaftete Leutnant Hummel von dem Flachshändler Kirchner aus Breslau, dem vom Kriegsministerium der Einkauf des Nachschubs und der verwandten Rohstoff-Faktoren im besetzten Belgien übertragen worden war, regelmäßige Besetzungsgelder in Gestalt von monatlichen Zahlungen entgegenzunehmen hätte. Kirchner wäre nämlich dem Leutnant Hummel unterstellt gewesen, und dieser hätte zu bestimmen gehabt, was er in der Etappe Gent zu tun und zu lassen hatte.

(Kirchner sprach am 15. Januar 1918 auf der Rückreise von Breslau nach Gent im Eisenbahnwaggon auf dem Bahnhof in Brüssel am Schlagsack.)

Die Aufstellung, die Kriegesgerichtsrat Gagner am 11. März 1918 auf Grund der Ermittlungsergebnisse über die Vermögensverhältnisse des Leutnants Hummel der Etappen-Inspektion einreichte, zeigt einen Vermögenszuwachs von 124 705 Mark, den er sich während seines Etappenlebens in Gent nachweislich erworb.

Natürlich waren seine illegalen Einnahmen in Wirklichkeit um einige hunderttausend Mark größer, die er aber so angelegt hatte, daß sie keine gerichtlichen Feststellungen ermitteln konnten.

Kriminalnachrichtendienst Oberst Kirchner aus Augsburg, der dort die Ermittlungen in Sachen Hummel anstellte, meldete in seinem Bericht vom 27. Februar 1918, daß Leutnant Hummel schon im Monat September 1917 nicht nur ein, sondern zwei Mittergüter hatte kaufen lassen wollen, und zwar das Schlossgut Geiselsberg bei Dilling zum Preise von dreihunderttausend Mark und ein Gut in Wenzelsberg, das hundertfünfzigtausend Mark kosten sollte.

Seine Verhaftung machte dieser Bericht über ein Ende. Leutnant Hummel, der am 19. März 1918 erneut vom Kriegs-

\*) Israel stiftete wohl aus diesem Grunde zur Beruhigung seines schlechten Gewissens den Generalkriegsagaren alljährlich zu Weihnachten eintausend Mark.

Rechtsanwalt für den politischen Teil Arthur Dombrowski, für „Betrieb und Betrieb“ und „Salzburg“ Wilhelm Diemel, für „Breslau“, „Brecht“ und die übrigen Zeugen dieses Komplexes, nämlich in Breslau, für den obersten Zeugen Teil Theodor Rell, Steinhilber, für Justizrat K. Gerber Breslau.

3 wichtige Punkte • • • Riesen-Auswahl Vertrauens-Qualitäten und die niedrigsten Preise erleichtern ihren Einkauf im Kaufhaus z. Strauss

Fritz Lange's Rohfleischerei u. Frühstücksstube

Referiert Nr. 13

Fahrräder :: Nähmaschinen

Karl Roch

Ästhetische Musikinstrumente

Papierwaren, Leder- und Kofferartikel

Selbstfabrikation von Herren-Konfektion

Robert Schollh, Kürschnermstr.

Optiker Postleb

Lebensmittel 6% in blauen Marken

Petersdorf. Rsgb.

Früh Bernis - Wannenbäder

Georg Reiternecht

Max Wanz / Petersdorf

Selene Stierl, Dorfküche 225

Paul Bernhard

Marta Schaefer, Weiß- u. Wollwaren

Georg Schaefer, Bekleidungs-Geschäft

Otto Heibereich

Alfred Lelsching

Ernst Thiemer - Eisenwaren

Blumenau-Tannhausen

Markklissa

Die gute Brille - Der feilschende Klemmer

M. Lorenz, Jacobstraße 31 pt.

Schuhwaren - Stiefel

Gustav Mangelndorf

Pelzwaren

Paul Renner

Augen-Optik Arthur Traub

August Marschner, Nachfolger

Bestecke

Rauscha

Kaufhaus Kurt Boser

Walter Sinkwitz

Striegau-Gräben

Walter Sinkwitz

Salentin Maich, Fleischermeister

Naselbach- u. Schultheiß Bier

Striegau

Biergroßhandlung

Haase- u. Ripke-Biere, Breslau

Fahrräder Nähmaschinen Grammophone

Mifa-Fahrräder

Reinhold Schwabe, Ring 9

Bekleidungshaus H. Oltrower

Arthur Hoffmann, Güntherstraße 2

Karl Vogt, Güntherstraße 11

Schuhwarenhaus

Ewald Fritsch

Gerstel's Fisch-Spezialhaus

Eisenhandlung Emil Dig

Leopold Zuda

Wüsteglersdorf

Richard Wolchner, Hauptstr. 17

Wüsteglersdorf

Wüsteglersdorf

Wüsteglersdorf

Werdet Mitglieder der Holen Hilfe

Wüsteglersdorf

Wüsteglersdorf

Wüsteglersdorf

Wüsteglersdorf

Wüsteglersdorf

Ober-Wüsteglersdorf

Dörrhaus

Landeshut

Wüsteglersdorf

Wüsteglersdorf

Wüsteglersdorf

Wüsteglersdorf

Wüsteglersdorf

Wüsteglersdorf

Wüsteglersdorf

Wüsteglersdorf

Wüsteglersdorf

Wüsteglersdorf

Wüsteglersdorf

Wüsteglersdorf

Wüsteglersdorf

Wüsteglersdorf

Wüsteglersdorf

Wüsteglersdorf

Wüsteglersdorf

Wüsteglersdorf

Wüsteglersdorf

Holenen-Apothek

Erich Klose - Ring 23

Richard Bernst

Paul Krause, Ring 11

Keine Rahter / Ring 19

Oscar Stephan

Paul Brudelt

Frank Wilschke

Konrad v. Wiesenhal

Hermesdorf u. K.

Richard Drecher

Freiburg

Freiburg

Freiburg

Freiburg

Freiburg

Freiburg

Freiburg

Freiburg

Freiburg

Freiburg

Freiburg

# Aus der Provinz

## Frei Heil mit Zahlungsbefehl

Ein hiesiger Reichsbannerkomitee hatte sich durch einen Vertreter bei der Firma Braun-Zittau eine Windjacke bestellt. Dieselbe kostete bloß (1) 26 Mark; eine Anzahlung von 4 Mark wurde bezahlt. Darauf lief ein Schreiben ein, ungefähr so: Bestätigung über Eingang der Bestellung und Anzahlung, sehr erfreut darüber und „Frei Heil“! Unterschrift: Berthold Braun, Zittau. Der AD-Mann hat nun, sicher weil ihm die von uns schon gedachte Qualität der Ware nicht gefiel, die Jacke nicht angenommen, unter Verzicht auf die Anzahlung. Jetzt schreibt aber Braun nicht mehr „Frei Heil“, sondern läßt einen Zahlungsbefehl schicken: „Sie haben binnen einer Woche für bestellte Jacke 22 Mark zu zahlen, zuzüglich 1 Mark Mahngeld.“ Hoffentlich kommt der Gerichtsvollzieher mit „Frei Heil“ in die Stube.

Hallo! Die Trommler aus Breslau kommen am Freitag, dem 2. November, nach Görlitz zur Revolutionsfeier um 20 Uhr im Konzerthaus. Genosse Dombrowski-Breslau spricht. Programme zu 50 Pfg. im Vorverkauf in der Buchhandlung Lunitz 6.

## Breslauer Kinos

**Promenaden-Theater.** Die Erstausführung des Mount Everest bringt ausgezeichnete Naturaufnahmen und gewährt einen Einblick in den zähen Kampf der Forscher, den sie nicht selten mit dem Tode zu bezahlen haben. So erfordert auch die Besteigung des höchsten

Berges der Erde zwei Opfer, trotzdem das gesteckte Ziel nicht erreicht werden konnte. 200 Meter unter dem Gipfel mußte die Expedition umkehren. — Ein reichhaltiges Beiprogramm vervollständigt das sehenswerte Programm.

**Konzert-Gemeinde der Volksbühne.** Für die Volks-Sinfonie-Konzerte hat die Volksbühne in der Form einer „Konzert-Gemeinde“ ein Abonnement aufgebaut. Das Besondere dieses Abonnements liegt darin, daß jedes Mitglied der Volksbühne nicht allein auf die ganze Reihe dieser Konzerte, sondern auf Wunsch auf nur zwei, vier, sechs oder acht Konzerte abonnieren kann. Für die gewählten Konzerte wird ein fester Platz ausgegeben. Die Eintrittspreise sind bei dieser Gemeinde gegenüber den Kassapreisen um über 50 Prozent ermäßigt. Die Anmeldungen können in der Geschäftsstelle der Volksbühne, Albrechtstraße 32, täglich erfolgen.

## Arbeitersport

**Arbeiter-Radsport-Verein.** Sportabteilung. Unsere Versammlung am 25. d. M. fällt aus. Die nächste findet am 1. November 20 Uhr im Lokal von Böhme statt, und zwar ist es die Generalversammlung. Jeden Freitag von 19—21 Uhr Turn- und Gymnastikabend in der Krügle-Turnhalle.

**4. Kreis. Fußball.** In der Vorrunde um den Bezirksmeister fanden sich am letzten Sonntag folgende Mannschaften gegenüber. In der A-Klasse: F.T. Königszelt I — SV. Langenbielau I 6:0; „Eiche“ Salzbrunn I — „Stern“ Landesgut I 3:1. In der B-Klasse: „Sparta“ Striegau II — SV. Peterswalbau II 6:0; SV. Weißstein I — „Stern“ Landesgut II 7:0. In der Jugend-Klasse: F.M. Freiburg 1. Jgd. — SV. Hermsdorf-1. Jgd. 2:0; „Sparta“ Striegau 1. Jgd. — SV. Langenbielau 1. Jgd. 6:0. Am Sonntag, dem 28. Oktober, werden sich nun in Freiburg

(Stadion) folgende Mannschaften im Endziel um den Bezirksmeister gegenüberstehen: 10 Uhr B-Klasse: SV. Weißstein I — „Sparta“ Striegau II. 12:30 Uhr Jgd.-Klasse: F.M. Freiburg 1. Jgd. gegen „Sparta“ Striegau 1. Jgd. 14 Uhr A-Klasse: F.T. Königszelt I gegen „Eiche“ Salzbrunn I. In der B-Klasse erwartet man Weißstein als Sieger. In der Jugend- und A-Klasse ist es schwer, vorher zu tippen, da sich alle Mannschaften gleichwertig sind. Anlässlich dieser Spiele besteht Spielverbot im ganzen Bezirk.

Der heutigen Ausgabe unseres Blattes liegt ein Prospekt der V. Volkswohlfahrt G. C. Kröger u. Co., Berlin, bei. Auf ein Los zum Preise von 1.— M. kann man ein Landhaus mit vollständiger Fünfzimmer-Einrichtung im Werte von 50 000 M. bzw. viele andere wertvolle Preise und Prämien gewinnen. Die Gewinne werden auf Wunsch mit 90 Prozent des Wertes in bar ausgezahlt.

## Gewerkschaftshaus - Lichtspiele

**Achtung! Nur noch heute um 5 und 8 Uhr**  
**Das Treffen der 100 000**  
**in Hannover**

Dazu:  
**Schwejk, der brave Soldat**  
Jugend verboten! Uebliche Preise!  
Arbeiter-Sportkartell Breslau E. V.

## Vereinigte Theater

### Lobe-Theater

Von Sonnab., den 27. 10. bis Donnerstag, den 1. 11. täglich 20 Uhr  
Die Tage der Geschwister Turbin  
Freitag, den 2. 11., 20 Uhr  
Gastspiel Max Ballenberg mit eigenem Ensemble  
Das große ABC.  
Sonnab., 3. 11., 20 Uhr  
Zum 1. Male  
Kater Lampe  
Sonntag, den 28. 10. und Dienstag, den 30. 11. 15 1/2 Uhr  
Arm wie eine Kirchenmaus

### Thalia-Theater

Von Sonnabend, d. 27. 10. bis Freitag, den 2. 11. täglich 20 Uhr  
außer Donnerstag  
Oelrausch von Jod Larric  
Donnerstag u. Sonnabend 20 Uhr  
Gastspiel Max Ballenberg mit eigenem Ensemble  
Der brave Soldat Schwejk  
Sonntag, den 28. 10. 15 1/2 Uhr  
Der Prozeß Mary Dugan

## Kaufhaus Bach & Blachmann

Breslau 23 :: Herdainstr. 44  
Filiale: Brockau, Güntherstr. 19  
Sämtliche Bedarfsartikel in größter Auswahl zu billigsten Preisen!



## Billiger Fleisch-Verkauf!

- Schweinefleisch . . . Pfd. 1.10
  - Schweinschnitzel . . . „ 1.40
  - Schwein-„Totelet“ . . . „ 1.30
  - Rindfleisch o. Knoch. Pfd. 1.10—1.30
  - Suppensfleisch . . . „ 0.80—1.00
  - Kalb-„ . . . „ 1.00—1.20
  - Kalb-„ o. Knoch. . . „ 1.30—1.50
  - Rauchfleisch . . . „ 1.30
  - Büfelfleisch . . . „ 1.10—1.30
  - Frischer Speck (deutsch) . . . „ 1.20
  - Ausgebr. Schweinefett (deutsch) . . . „ 1.10
  - Gulachfleisch . . . Pfd. 0.90—1.10
  - Gehacktes . . . von 0.80 an
  - Lungenfett . . . „ 1.20
  - Gepökelte Eisbeine . . . „ 1.10
  - Räucher-„ (deutsch) . . . Pfd. 1.30
  - Gehackter Schinken . . . 1/4 Pfd. 0.55
  - Rohr Schinken . . . 1/4 Pfd. 0.55
  - Lauchschinken . . . 1/4 Pfd. 0.55
  - Preßtopf u. Mortabella . . . 1/4 „ 0.25
  - Wettwurst, Braunschweiger . . . 1/4 „ 0.25
  - Leberwurst . . . 1/4 Pfd. 0.20—0.40
  - Polnische . . . Pfd. 0.80—1.00
  - Knoblauchwurst . . . Pfd. 0.60—0.80
  - Feinstes Aufschnitt . . . 1/4 Pfd. 0.40
- sowie alle anderen Fleisch- u. Wurstwaren zu billigsten Preisen empfiehlt

**Adolf Weiß**  
Fleischer- und Wurstfabrik, Breslau  
Moltkestraße 13 / Fernspr. 25 669

## Sie verdienen Sie täglich

10 Mark mit Schnürjockey

Nur persönl. kommen

## Reste

in Serge, Kette, Leinwand, Aermelkuffler, Rohhaar, Garn, Knöpfe, Kernseife, Erdal alles sehr billig prima Ware  
Detail und Engros  
**Berth. Lippert**  
Breslau  
Geirichstraße 16  
Filiale: Oberstr. 17  
Weißberggasse 43



## Musikinstrumenten-Geschäft

Ich habe mein Synagogenstraße 2 gelegenes an Herrn Kaufmann Max Kuron aus Züllichau verkauft. Indem ich für das mir in so reichem Maße geschenkte Vertrauen bestenfalls danke, bitte ich, dasselbe auch auf meinen Nachfolger, welcher das Geschäft in demselben Sinne weiterführen wird, zu übertragen. Rückständige Zahlungen sind jedoch nur an mich, jetzt Liegnitz, Burgstr. 51, zu leisten.  
Hochachtungsvoll **Joseph Schwarz**  
Bezugnehmend auf obiges werde ich bemüht sein, dem mich beehrenden Publikum stets das Beste bei niedrigsten Preisen zu bieten, und bitte, mich gütigst zu unterstützen. Gleichzeitig bringe ich mein großes Lager in sämtlichen Blas-, Streich- und Zupfinstrumenten — Schlagzeugen — Jazzbands und Jazzartikeln — Mund- und Ziehharmonikas usw. in Erinnerung. — Teilzahlungen gern gestattet. Gramophone und Platten in großer Auswahl. — Sämtliche Reparaturen werden sachgemäß ausgeführt.  
Hochachtungsvoll  
**Musikhaus Joseph Schwarz Inh. Max Kuron, Liegnitz**  
Musikinstrumentengeh., Synagogenstr. 2 a. Haynauer-Coriturm

## Otto Kläblich, Weldenstraße 18

Messerschmiedemeister  
Schleif- und Polier-Anstalt  
Stahlwaren-Spezialgeschäft

## Fahrräder Kinderwagen Sprechapparate

Beste Fabrikate! Niedrigste Preise!  
Bequeme Teilzahlung!  
**Hesse**  
Breslau, Feld-, Ecke Alexanderstr.

## Alles auf Teilzahlung

erhalten Sie bei uns!  
Herren-Anzüge  
Herren-„Ulster“  
Damen-Kleider  
Damen-Mäntel  
Pullover :: Strickjacken  
Wochenraten von 1.00 Mark an  
**Thau & Co.**  
Striegau, Güntherstr. 15  
Ausweise bitte mitbringen!

## Schauspielhaus

Operettenbühne  
Breslau  
Telephon Nr. 3630C

Täglich 20 Uhr

## Die Herzogin von Spitzago

Musik von Emmerich Kalman

Sonntag 15.30 Uhr

## Prinzessin Si-Si-Sa

Brennabor, Express, Diamant, Göricke, Rahmen, 45, 33, 21.-  
Hinterstr. 11.50  
Leuker, engl. vern. 2.40  
Schlische . . . 0.95  
Decken . . . 2.50  
Schlachreifen 5.50  
Speiche - 83 Keil - 0.8  
Kette - 95 Iwis 3.50  
Holzlege, franz. 4.95  
Teilzahlung gestattet  
Breslau, Zimmerstr. 1  
7722-92-12-15 P., Babat

## Stadt-Theater Breslau

(Opernhaus)  
Donnerstag, 20 Uhr  
Die lustigen Weiber von Windsor  
Freitag, 19.30 Uhr  
Abonnement-Vorstellung Serie H 4  
Die Rauberkate  
Sonnabend, 19.30 Uhr  
Einmaliges Gastspiel Ludwig Hofmann (Städtische Oper Berlin)  
Margarete  
Sonntag, 15.30 Uhr  
Zu ermäßigten Preisen  
Der Barbier von Sevilla  
20 Uhr: Der Freischütz

## Eine Höchstleistung war die

## Mount-Everest-Expedition

die in einem ganz hervorragenden Film  
Zum Gipfel der Welt  
mittels Fernobjekt festgehalten wurde

Noch einmal sehen Sie in diesem prachtvollen Filmwerk die ungeheure Leistung der Expedition, die mehrere Opfer forderte

Im zweiten Teil des Programms

## Harry Liedtke

mit seinen vortrefflichen Assistenten Ussi Oswald — Henry Bender u. a. in dem mittelmäßigen Abenteuer

## Eine tolle Nacht

Alfo: Sie können einmal wieder herzlich lachen  
Täglich: 5, 7 und 9 Uhr  
Sonntags ab 3 Uhr

## Promenaden-Theater

Am Dominikanerplatz

## Rind- u. Schweinefleischerei

**Ernst Heide**  
Breslau, Markthalle Ritterplatz  
Stand 27/28

## Hüte und Mützen Herren-Artikel

kaufen Sie am besten bei  
**Felix Eckert**  
Klosterstraße 45, am Mauritiusplatz

## Möbel

zu bill. Preisen auf bequemste Teilzahlung  
Gegründet 1893  
**Hübner**  
Breslau  
Reinhardtstr. 2

## Arbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände, Görlitz

Sonntag, den 28. Oktober, 20 Uhr im großen Saale der Stadthalle  
Vortrag des Professor Th. Hartwig, Wien über:

## Die Religion in Theorie und Praxis

Numerierte Platzkarten à 30 Pf. in der Volksbuchhandlung, Mittelstraße 33 u. Geschäftsstelle der „Arbeiterzeitung“, Lusitz 6a und R. Bähr, Zittauer Straße 77, erhältlich.

## Kurz-, Weiß- und Wollwaren

Arbeitshosen  
Arbeitsblusen  
Erich C. Wojanski  
Schweidnitz  
Wallenburger Str. 7

## Kolonialwaren

Spezialität:  
Kaffee-Raffee  
**Anton Sebel**  
Schweidnitz  
Kupferstraße 8

## Möbel-Eisner

Schweidnitz, Königssee  
Tel. 360  
Größtes Lager  
Schlafzimmer, Speisezimmer  
Herrenzimmer und Küchen  
Bequeme Zahlungsbedingungen.

## Genossen

werbt für  
Eure Presse  
Rilo 8 und 10 Pfg.  
Ellen, Metalle, Papier  
Knochen und Felle  
h 3 st e Preise  
Johann Demsky  
Schweidnitz  
Steuzgang Nr. 1

# Geschlossen gegen den Feind!

## Das Plenum des Zentralkomitees

Am 19. und 20. Oktober 1928 tagte das Plenum des Zentralkomitees unserer Partei. Auf der Tagesordnung standen die Beschlüsse des ZK zur Hamburger Angelegenheit, die Ergebnisse des Volksbegehrens und die Durchführung der weiteren Kampagne gegen den Panzerkreuzerbau sowie die Aufgaben der Partei in den gegenwärtigen Wirtschaftskämpfen.

Das Zentralkomitee stellte die Verschärfung des proletarischen Klassenkampfes in der ganzen Welt, besonders auch in Deutschland, fest. In Amerika, Nordfrankreich, Polen, Tschechoslowakei, Norwegen, Australien, auf dem Balkan kämpften und kämpfen Hunderttausende und Hunderttausende von Arbeitern erbittert um die Verteidigung und Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Alle diese Kämpfe haben gemeinsame Ursachen in der verstärkten Offensive des Unternehmertums gegen die Lebenshaltung der Arbeiterklasse und in der zunehmenden Konkurrenz der Imperialisten auf dem Weltmarkt. Alle diese Kämpfe stehen im Zeichen der Durchbrechung des reformistischen Widerstandes durch die revolutionäre Aktivität der Arbeitermassen. Sie sind ein Signal dafür, daß die kapitalistische Stabilisierung in Wirklichkeit eine schwankende und faule ist, daß ihre Widersprüche sich unvermeidlich zuspitzen. Die Periode der kalten Kriegesgefahr, die wir gegenwärtig durchschreiten, ist zugleich eine Periode der wachsenden Kampfenergie des Proletariats in allen Ländern.

Die letzten Ereignisse in Deutschland entsprechen vollkommen diesen Merkmalen der internationalen Lage. Das Kriegsprogramm, der Kampf gegen die Rüstungspolitik des deutschen Imperialismus und gegen die sowjetfeindliche Orientierung der deutschen Regierung, an deren Spitze die Sozialdemokratie steht, ist in voller Größe auf die Tagesordnung gestellt. Gleichzeitig erhebt sich im ganzen Lande eine Welle mächtiger Wirtschaftskämpfe des Proletariats. 50 000 Werftarbeiter befinden sich im Streik. 50 000 Textilarbeiter wurden im Rheinland ausgeperrt, 27 000 schlesische Bergleute hatten den Kampf aufgenommen. In der Hüttenindustrie rückt eine große Auseinandersetzung zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft heran.

Das Zentralkomitee arbeitete die Linie der Partei zu den wichtigsten Aufgaben, die gegenwärtig im Mittelpunkt des Klassenkampfes stehen, klar heraus.

Der Bau des Panzerkreuzers ist keine Einzelercheinung, sondern ein weithin sichtbarer Ausdruck für die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus, die von der Sozialdemokratie in aktivster Weise unterstützt wird. Als die SPD-Minister in der Reichsregierung den provokatorischen Beschluß zum Bau des Panzerkreuzers faßten, war es die Pflicht der kommunistischen Partei, im Einklang mit den Beschlüssen des 6. Weltkongresses, bei diesem Vorstoß die Kriegesfrage in den Vordergrund der politischen Tätigkeit zu stellen und gerade in dieser Frage den stärksten Angriff gegen die chauvinistische Politik der SPD. zu richten. Diesem Zwecke diente die Einleitung des Volksbegehrens.

Die Partei hatte die Aufgabe, den Massen der Arbeiterschaft, besonders auch den sozialdemokratischen Arbeitern, die Tatsache klar ins Bewußtsein zu rufen, daß die SPD. keine antikapitalistische, keine antiimperialistische, keine kriegsfeindliche Partei ist, sondern eine Partei der bedingungslosen Unterstützung des deutschen Imperialismus, die mit allen Kräften zum Kriege treibt und vor allem die Vorbereitungen zur Intervention gegen die Sowjetunion organisiert. Die Durchführung der Kampagne für das Volksbegehren war absolut richtig und notwendig. Der ziffernmäßige Mißerfolg des Volksbegehrens, das nicht befriedigende Ergebnis der Abstimmung ändern an dieser Tatsache nichts. Gegenüber Stimmungen des Kapitalisten- und Liquidatorenstums stellte das Zentralkomitee die positiven Ergebnisse der Kampagne fest und deckte zugleich eine Reihe von Mängeln unserer Arbeit auf, die in Verbindung mit den objektiven Schwierigkeiten des „demokratischen“ Volksbegehrens (Sabotage aller Regierungsbehörden, Hege der rechten und linken Sozialdemokratie, „Verschwörung des Schweigens“ durch die gesamte Presse von Westarp bis Stampfer usw.), das ungenügende Resultat herbeiführten. Die Partei hat in der Vergangenheit den Kampf gegen die imperialistische Kriegsvorbereitungen nicht mit der notwendigen Entschlossenheit geführt. Der Termin für die Einleitung des Volksbegehrens war verfrüht. Außerdem wurde versäumt, die Parteioptionen in gründlicher Weise politisch und organisatorisch auf das Volksbegehren einzustellen, um in der kurzen Zeit eine großzügige Massenagitation durchzuführen. Die Agitation selbst

war nicht grundfänglich genug; selbst Zugeständnisse an pazifistische Illusionen wurden stellenweise gemacht.

Die Krisenercheinungen in der SPD. wurden nicht genügend beachtet, teilweise unterschätzt, schematisch behandelt und bei weitem nicht genügend ausgewertet. Die Wandver der „linken“ Führer wurden nicht scharf genug bekämpft. Die Verbindung mit den gleichzeitig stattfindenden Wirtschaftskämpfen und mit den Betriebsvorgängen fehlte. Schließlich wurden die Feinde der Partei durch die fraktionelle Ausnutzung der Hamburger Vorfälle und den unrichtigen Beschluß des ZK. vom 26. September zu ihren Angriffen gegen die SPD. ermutigt, während die mit der Partei sympathisierenden Massen zeitweise verwirrt und in ihrer Aktivität gehemmt wurden.

Deffensivgeachtet hat die Kampagne für das Volksbegehren auch eine Reihe ernster Erfolge gezeitigt. Der Widerstand der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Kriegspolitik ihrer Führer wurde geweckt, der Prozeß der politischen Umstellung breiterer Mitgliedermassen der SPD. wurde gefördert, die Linksbewegung der Arbeiterschaft verstärkt. Das zeigen die ernsthaften Krisenercheinungen in der SPD., auf die in unserer Parteipresse bereits hingewiesen wurde. Der Masseneinfluß der Partei, die innere Stoffkraft der Organisationen sind zweifellos gewachsen, obwohl die Abstimmungsfiguren weber der tatsächlichen Stimmung der werktätigen Bevölkerung, noch der geleisteten Arbeit entsprechen.

Das ZK. gab der ganzen Partei die klare Direktive: Die Kampagne gegen den Panzerkreuzer, der Kampf gegen die Kriegspolitik wird nicht nur fortgesetzt, sondern er wird mit allen Mitteln verstärkt. Der Kampf für das Volksbegehren war nicht nur eine politische Demonstration, sondern eine Mobilisierung für weit größere Massenaktionen gegen die Kriegesgefahr, in denen unsere Partei die Rolle des Führers und Organizers spielen muß. Die Wirtschaftskämpfe sind ein Teil dieser allgemeinen Mobilisierung des deutschen Proletariats gegen den Imperialismus im eigenen Lande. Die Panzerkreuzerfrage wird nicht und darf nicht aus der Diskussion verschwinden. Sie wird im Reichstag Anfang November durch den Antrag der SPD. erneut aufgerollt. Sie wird anläßlich der Etatsberatung im Januar und im März 1929 wiederum von der gesamten Arbeiterschaft gestellt werden.

Von zentraler Bedeutung sind die

### gegenwärtigen Wirtschaftskämpfe.

Diese Arbeitskämpfe sind die Basis für die Entwicklung wichtiger politischer Kämpfe in der nächsten Zukunft. Das muß in das Bewußtsein der ganzen Partei übergehen, nur dann wird sie ihre Aufgaben erfüllen können. Unter allen Arbeitern, nicht nur unter den streikenden, muß eine breite Aufklärungskampagne über die Bedeutung der wirtschaftlichen Streiks geführt werden. Zwischen den kämpfenden Arbeitern muß eine enge Verbindung organisiert werden. Die Kundgebungen gegenseitiger Solidarität der Streikenden im In- und Ausland werden zur Hebung der Kampfesentschlossenheit führen. Die revolutionäre Linie unserer Partei steht so scharf und unverwundlich wie noch niemals seit der Stabilisierung des deutschen Kapitalismus der Linie des Reformismus gegenüber, die auf die bewusste, vollständige Preisgabe der proletarischen Interessen hinausläuft. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat in diesen Kämpfen eine große Verantwortung und große Aufgaben. Der Einfluß der Opposition auf die letzten Bewegungen ist gewachsen. Unsere Partei und die revolutionäre Opposition müssen nicht nur beim Ausbruch, sondern auch im Verlauf der Lohnbewegungen die Leitende Rolle erobern. Das ist nur durch ein selbständiges politisches Auftreten, durch den konsequenten Kampf für die Bildung und Führung von Streikkomitees der organisierten und auch der unorganisierten Arbeiter möglich. Trotz der günstigen Situation für die Durchführung von Wirtschaftskämpfen darf die Partei keinesfalls vergessen, daß der Widerstand der Reformisten gegen diese Kämpfe wachsen wird, je enger die Führerschaft der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften mit dem kapitalistischen Staat und seinen Einrichtungen verwächst. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition darf auch während der Kämpfe keine Neutralität gegenüber den Reformisten zeigen, sondern muß sie gerade in einer solchen Situation mit besonderer Rücksichtslosigkeit als Hilfsarmee der Bourgeoisie entlarven. Die Wirtschaftskämpfe sind das stärkste Zerstörungsmittel gegen alle wirtschaftsfeindlichen Illusionen, gegen die Lüge von der „Wirtschaftsdemokratie“, gegen den Glauben an das „demokratische Schlichtungswesen“. In diesen Kämpfen muß und wird unsere Partei, gemeinsam mit der

revolutionären Opposition, vor Millionen Arbeitern den praktischen Beweis erbringen, daß nur unter der Führung der Kommunisten die Klassenforderungen des Proletariats durchgesetzt werden können.

Unsere Partei hat breit und offen die Frage des Kampfes gegen die Kriegesgefahr und gegen die unerträgliche Notlage der werktätigen Massen entrollt. Dieser entschlossene revolutionäre Kurs wird von der Einheitsfront unserer Klassenfeinde, vom Trustkapital bis zur Sozialdemokratie, mit einer Flut von Verfolgungen, mit einer belästigenden Verleumdungskampagne gegen die Kommintern, gegen die Sowjetunion und gegen die SPD. beantwortet. In dieser Situation propagiert die rechte Fraktion in der SPD. eine Politik der Annäherung an die „linken“ Sozialdemokraten, eine Zurückweichen vor den Ausschluß- und Spaltungsmahnahmen der Reformisten, eine Anpassung an die Taktik der Gewerkschaftsbürokratie in den Wirtschaftskämpfen. In dieser Linie bewegte sich bereits das Auftreten der Kommintern. Nachdem der 6. Weltkongreß diese opportunistische Politik aufs schärfste verurteilt hat, nehmen die rechten und versöhnlerischen Gruppen den Kampf gegen die Kongreßbeschlüsse auf und versuchen, ihre Durchführung zu verhindern, es entwickelte sich dabei eine gewisse Arbeitsteilung zwischen der versöhnlerischen und der rechten Fraktion.

Während die Versöhner ihren Hauptangriff gegen die innerparteiliche Linie der SPD. richteten, stießen die Rechten mit ganzer Kraft gegen den politischen Gesamtkurs der Partei vor. Als die Partei im schwersten Feuer des Feindes stand, benutzte die versöhnlerische Gruppe den Fall Wittorf zu einer Verleumdungskampagne gegen den Genossen Thälmann und gegen den innerparteilichen Kurs. Dieser Angriff war gegen den Genossen Thälmann als einen der Hauptvertreter der Linie des 6. Weltkongresses gerichtet. Dadurch wurde der Gruppe Thalheimer-Brandler-Hausen der Weg für ihren parteifeindlichen Kampf bereitet. Die rechte Fraktion proklamierte unter Führung von Thalheimer offen ihre liquidatorische Politik. Sie verbündete sich mit den ultralinken Renegaten zum Kampf gegen die SPD. Seite an Seite mit der Sozialdemokratie beschimpften die Wortführer der rechten Fraktion die SPD. als eine „Partei der Korruption und des Mamelulentums“. Thalheimer und Hausen erklärten, daß sie sich durch keinerlei Partei- und Kominternbeschlüsse für gebunden halten und auch vor ihrer Lösung von der SPD. nicht zurückschrecken. Thalheimer spricht von seiner „Einsparung“ in Moskau und vom „roten Imperialismus“. Es besteht kein Zweifel, daß die Politik dieser Elemente den Bruch mit dem Kommunismus, die Liquidierung aller bolschewistischen Grundsätze, bedeutet und zum Uebertritt auf die Seite der Sozialdemokratie führen muß.

Die Tagung des Zentralkomitees rief die Masse der Mitgliedschaft in allen Organisationen der SPD. zum schonungslosen Kampf gegen diese Agenten des Feindes im eigenen Lager auf. Das Zentralkomitee verurteilte die versöhnlerische Gruppe der Genossen Ewert und Gerhart. Es warnte diese Gruppe vor der Fortsetzung ihres Kampfes gegen die Durchführung der Beschlüsse des 6. Weltkongresses und vor dem Versuch, die Beschlüsse des Präsidiums des ZK. in der Hamburger Angelegenheit zu durchbrechen. Die Genossen Ewert und Gerhart setzten trotzdem ihren Kampf gegen die Linie der Kommintern und der Partei fort, indem sie sich in ihren Reden und Erklärungen scharf gegen die ZK.-Beschlüsse wandten und die Resolution des ZK., die den Beschlüssen der Kommintern zustimmt, ablehnten. Dieses Verhalten stellt objektiv eine weitere Unterstützung der Liquidatoren dar. Die versöhnlerische Gruppe steht jetzt vor der schwerwiegenden Entscheidung, ob sie sich dem einheitlichen Willen der Kommintern und der Parteimehrheit unterordnen oder auf dem Wege des fraktionellen Kampfes weitergehen will.

Das Zentralkomitee hob die Beschlüsse vom 26. September auf, deren Unrichtigkeit und Schädlichkeit bereits durch die höchste Instanz der Kommintern festgestellt worden ist. Damit wurde ein Fehler korrigiert, der für die Partei verhängnisvolle Folgen gehabt hätte, wenn das ZK. und die revolutionären Mitglieder massen der SPD. ihn nicht rechtzeitig beseitigt hätten.

Die Beschlüsse und die entsprechenden organisatorischen Maßnahmen des Zentralkomitees bilden die Grundlage für den entschlossenen Kampf der gesamten Partei gegen alle Vorstöße der Liquidatoren und Versöhner. Die Partei wird die inneren und äußeren Schwierigkeiten, die vor ihr stehen, überwinden, wie sie schon mehr als einmal weit größere Schwierigkeiten siegreich überwunden hat. Das Zentralkomitee hat eine feste, innerparteiliche Kampffront aller Verfechter der Komintern-Linie geschaffen. Es hat darüber hinaus klar und bestimmt die großen und wichtigen Aufgaben umrissen, die vor der SPD. stehen. In der gegenwärtigen verschärften Kampfsituation ist es Pflicht jedes Kommunisten, jedes Parteimitglieds, diese Beschlüsse mit größter Energie durchzuführen und alles auszubieten, um mit dem Sieg der Parteilinie zugleich den wichtigen Vormarsch der proletarischen Massen im Kampf gegen die Bourgeoisie zu sichern.



# Höchstleistung die Parole!





**Tack** & Cie  
A.-G.  
Breslau, Obliauer Straße 15  
Reuschestr. 47/48



19<sup>50</sup>

**Besichtigen Sie unsere Schaufenster!**

<p><b>Damen-Lackspangenschuh</b>, gefälliges Modell <span style="float: right;">8<sup>90</sup></span></p> <p><b>Damen-Lackspangenschuh</b> mit Zierstepperei, Trotteur- od. L.XV.-Abs. <span style="float: right;">12<sup>50</sup></span></p> <p><b>Dam. mode echt Boxkalf-Trotteursschuh</b>, weiß gedoppelt <span style="float: right;">14<sup>50</sup></span></p> <p><b>Damen mauve Chevrette-Trotteursschuh</b>, Modeschnitt <span style="float: right;">15<sup>50</sup></span></p>	<p><b>Moderne Herren-Halbschuhe</b>, echt Boxkalf, Orig.-Good.-Welt <span style="float: right;">16<sup>50</sup></span></p> <p><b>Herren-Halbschuhe</b>, echt Boxkalf, am Trotteurform, m. Lederwalstrahm, Orig.-Good.-Welt <span style="float: right;">19<sup>50</sup></span></p> <p><b>Herren-Doppelsohlen-Stiefel</b> f. kaltes u. nasses Wetter 21.00 in Braun; in Schwarz <span style="float: right;">16<sup>50</sup></span></p>
<p><b>Einera-Strümpfe</b> in jeder Farbe zu jedem Schuh <span style="float: right;">4</span></p> <p><b>Herr-Tuch-Gamaschen</b> in allen Modifarben <span style="float: right;">4<sup>50</sup></span></p>	

Verkaufsstellen: Conrad Tack & Cie. G. m. b. H.

Beuthen / Görlitz / Gleiwitz / Hindenburg / Liegnitz / Oppeln / Ratibor / Waldenburg

# Durchbruchstämpfe!

Von Paul Merker

Die Wirtschaftskämpfe verschärfen sich in verschiedenen Teilen Deutschlands. Die Lage an der Nordseeküste und in den rheinischen Textilgebieten zeigt klar, daß die Tätigkeit der revolutionären Opposition unter den Werftarbeitern, Hafenarbeitern, Seelanten und Textilarbeitern immer mehr die Erkenntnis erweckt, daß sie nur aus eigenem, durch Geschlossenheit und gut organisiertem Auftreten, in entschiedenem Kampf mit der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokratie ihre Streikbewegungen zum Erfolg bringen können.

Unter der Führung der revolutionären Opposition gelang es in diesen Gebieten, die Front der Kämpfenden zu festigen, neue Arbeitergruppen in den Kampf einzubeziehen, die Massen gegen die sabotierende Gewerkschaftsbürokratie einzustellen und über den Schlichtungsinstanzen, den Regierungen und Polizeibehörden unterstützten Tätigkeit zur Abwägung der Bewegungen einen festen Damm entgegenzustellen.

Nachdem sich bereits auf der Revierkonferenz der Waldburger Bergarbeiter, als dort die Frage der Annahme oder der Ablehnung des Schiedsspruches stand, eine starke Opposition gegen den Abbruch des Streiks aussprach und entschied für die Weiterführung des Kampfes bis zur Durchsetzung der Forderungen eintrat, lehnten nunmehr auch die Betriebsräte des Münchener-Glabbacher Textilbezirks mit fester Einwilligung den schändlichen Schiedsspruch für die rheinische Textilindustrie ab. Der Schiedsspruch, für den Reichsarbeitsminister Wisell, ebenso wie für alle anderen die volle Verantwortung trägt, bringt für mehr als 90 Prozent der Textilarbeiter keine wirkliche Verbesserung. Dagegen sollen die Textilarbeiter bis zum 31. April 1930 verpflichtet sein, für die jetzigen Hungerlöhne, die durch die fortgesetzten Preissteigerungen immer mehr in ihrer Kaufkraft verabschiedet werden, zu schuften. Die Betriebsräte forderten deshalb die Weiterführung des Kampfes. Die Bürokratie aber beantragte die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches.

Die von der Aussperrung bedrohten rechtsrheinischen Textilarbeiter fordern als Antwort auf die Kündigung Lohn-erhöhung, die Bürokraten des Textilarbeiterverbandes dagegen erklären, es sei das gute Recht der Unternehmer, zur Aussperrung als Solidaritätsmaßnahme gegenüber den Münchener-Glabbacher Unternehmern zu greifen. Die Auffstellung von Lohnforderungen aber — das sei Tarifbruch!

Für die Textilarbeiter im Rheinland steht jetzt die Frage: entweder in noch tieferen Not geraten, die fortgesetzte Herabdrückung der Löhne zu dulden, oder geschlossen weiterzukämpfen bis zur Durchsetzung der aufgestellten Forderungen von 15 Prozent. Die einzelnen Belegschaften werden sich in den nächsten Tagen allem Anschein nach für das Weiterkämpfen entscheiden.

Um aber den Kampf selbst gegen den verbindlich erklärten Schiedsspruch zu führen, ist es notwendig, unverzüglich an die Bildung von betrieblichen Streikleitungen zu gehen, was bisher unterblieben ist. Diese Streikleitungen, in denen Arbeiter der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen und auch solche, die noch keiner Organisation angehören, einkünftig zusammenarbeiten, müssen die Bewegung fest in ihre Hände nehmen. Auch die von der Aussperrung bedrohten Textilarbeiter im ganzen Reich müssen erkennen, daß die Lage ernst ist. Für sie gilt es jetzt — ob die Führer der Textilarbeiterverbände es wollen oder nicht — dem Angriff der Unternehmer mit der Aufstellung eigener Forderungen entgegenzutreten und alle Vorbereitungen zur Aufnahme des Kampfes zu treffen.

Die Front der Werftarbeiter steht fest. Der energischen Tätigkeit der revolutionären Opposition ist es, wie im rheinischen Textilgebiet, gelungen, die Massen der am Kampfe beteiligten unorganisierten Arbeiter fest zusammenzuschließen und Wege für die Sicherung ihrer materiellen Unterstützung zu erschließen. Es ist ein beachtenswerter Erfolg, daß sich trotz der unerhörtesten Sabotage durch die Führer des D.V.B. heute bereits 7000 bis 8000 am Streik beteiligte unorganisierte Arbeiter regelmäßig zur Kontrolle einfinden, sich an der Aktivierung der Bewegung, am Streikpostenstehen, an der Sammlung von Geld und Lebensmitteln beteiligen. Wir sind überzeugt, daß diese Tätigkeit der revolutionären Opposition, die gleichzeitig eindringlich unter den Unorganisierten für den Eintritt in die Gewerkschaften wirbt, den Erfolg haben wird, daß sich viele den freien Gewerkschaften anschließen und in Zukunft in den Reihen der revolutionären Opposition kämpfen werden.

Mit ungeheurer Wut reagierte die bürgerliche und sozialdemokratische Presse auf die Tatsache, daß es der revolutionären Opposition gelang, große Teile der Hamburger Hafenarbeiter für die Durchsetzung einer zwischenzeitlichen Lohnforderung in den Kampf zu führen. Die reformistischen Führer des Verkehrsverbundes schreien von einem kommunistischen Putsch, der sozialdemokratische Polizeikommandant von Hamburg, Schönfelder, läßt seine Polizeisoldaten in großen Scharen gegen die in treuer Kampfesgemeinschaft als Streikbrecherabwehr tätigen Werft- und Hafenarbeiter aufmarschieren. Nach der bisherigen Ueberseht dehnt sich die Bewegung auch im Hamburger Hafen weiter aus. Die Schauerleute stehen zu Tausenden im Kampf. Nach Mitteilungen des Aktionsausschusses melden sich etwa 8600 zur Kontrolle. Die Vermittlungsstellen waren am Dienstag geschlossen. Die wichtige Gruppe der Ewer-Führer hat in ihrer Branchenversammlung ebenfalls die Aufnahme des Kampfes beschlossen. Die Seeleute verpflichteten die Verbandsleitung, sich an keiner Verhandlung vor den Schlichtungsinstanzen zu beteiligen und

den Schlichtungsansatz nicht anzurufen, und beschloßen die Ausnahme des Kampfes.

Schon heute ist es notwendig, eindringlich darauf hinzuweisen, daß diese Kämpfe Durchbruchstämpfe von größter Bedeutung sind, für deren erfolgreiche Führung die gesamte deutsche Arbeiterschaft durch entschlossenes solidarisches Handeln eintreten muß.

Das Verhalten der reformistischen Gewerkschaftsführer, die allerorts eine wilde Hege gegen die revolutionäre Opposition betreiben, kommunistische Stadtverbände mit dem Ausschluß aus den Gewerkschaften bedrohen, wenn sie die Anträge der Kämpfenden auf materielle Unterstützung durch die Kommunen unterstützen, die die Branchenkommision der Hamburger Schauerleute auflösen, weil sie den Beschluß der Mitglieder ausführte und den Kampf um die zwischenzeitliche Lohnforderung aufnahm, — all das beweist, daß sie alles tun werden, um die Bewegung ohne Erfolg für die Kämpfenden abzuwürgen. Darum hat jede Parteiführung, jede sonstige revolutionäre Organisation, jeder Anhänger der revolutionären Opposition die Verpflichtung, sofort alle nur mögliche materielle Hilfe zu organisieren, um zu verhindern, daß die Beherrscher des Hafens, der Werften, der Textilbetriebe die Kämpfenden durch die Hungerpeitsche auf die Knie zwingen.

Die Entwicklung im Münchener-Glabbacher Bezirk und an der Nordküste sind günstige Vorzeichen für den kommenden Konflikt in den nordwestlichen Metallgruppen. Die von den Reformisten so sehnsüchtig herbeigewünschten Schlichtungsverhandlungen sind vorläufig gescheitert. Die Unternehmer beharren auf ihrem Ultimatum: Verzicht auf jede Lohnforderung oder Aussperrung der 250 000. Die Arbeitermassen müssen diese freche Provokation mit der eigenen Offensivbeantwortung und alle Kampfsvorbereitungen zum 1. November treffen.

Die Kampfentscheidung unter den Hütten- und Metallarbeitern wächst. Eine Belegschaftsversammlung des Bochumer Vereines, an der Tausende von Arbeitern teilnahmen, wandte sich entschieden gegen den reformistischen Referenten, der eine wilde Hege gegen die Opposition entfaltet und hinderte ihn, sein Schlußwort zu halten. Die Generalversammlung der Eisener Metallarbeiter verhinderte ebenfalls den Reformisten Weiskmann, der die revolutionäre Opposition beschimpfte, am Schlußwort, die Reformisten wagten nicht, ihre übliche Entschließung vorzulegen, durch die der Verbandsleitung das Vertrauen ausgesprochen wird. Im Betrieb Stahlindustrie wurde eine solche Entschließung gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Jetzt gilt es, in allen Betrieben die Streikleitungen zu wählen und feste Beziehungen zu den zahlreichen unorganisierten Arbeitern herzustellen. Jetzt gilt es ferner, Kampfverbände der Metallarbeiter mit den Berg-, Hütten- und Transportarbeitern zu schließen, um so den großen Teil der Unternehmer mit einem doppelt und dreifach so großen der Arbeiter zu beantworten.

Die Unternehmer wollen die Generalausbehandlung Sie sollen sie haben.

## Aus aller Welt

### Der Raubmörder Heidger nach Handgranatenkampf schwer verwundet festgenommen!

**ASIN, 25. Oktober.** Der bisher vergeblich gesuchte Heidger konnte heute morgen in dem von der Polizei belagerten Viertel Oppenheim und Riehlermall — Niederländer Ufer in einem Keller eines Hauses gefasst werden. Zwischen Heidger und der Polizei entspann sich wiederum ein lebhaftes Feuergefecht, wobei die Polizei mit Handgranaten gegen Heidger vorging (!). Hierbei wurde Heidger schwer verletzt. Er ist in das St.-Vinzenz-Krankenhaus eingeliefert worden. Das war kein Selbsterlöb, Ostavo!

#### Heidger gestorben

**III. ASIN, 25. Oktober.** Der im Vinzenz-Krankenhaus mit schweren Verletzungen eingelieferte Raubmörder Johann Heidger ist heute abend gegen 8 Uhr an Herzlähmung gestorben.

### Zwei schwere Straßenbahnunfälle in Wien

23 Personen verletzt

**III. WIEN, 25. Oktober.** In Wien ereigneten sich am Donnerstag im 6. und 8. Bezirk zwei Straßenbahnunfälle, wobei 23 Personen verletzt wurden. In beiden Fällen riefen die Straßenbahngäste an Arroganzstellen mit anderen Straßenbahnwagen zusammen. Nach Behauptungen der Fahrer sollen die Bremsen verastet haben. Im 8. Bezirk entgleiste durch den Zusammenstoß der eine Motorwagen und fiel gegen ein vorüberfahrendes Auto, in dem sich der polnische Schachst, Dr. Weber, mit seiner Gemahlin befand. Das Auto wurde schwer beschädigt, doch blieben die Insassen unverletzt.

### Riesenfeuer in der japanischen Hafenstadt Yokohama

**III. LONDON, 25. Oktober.** Wie aus Tokio gemeldet wird, fand in der Hafenstadt Yokohama, dem wichtigsten Punkt der Insel Honshu, infolge einer Feuerbombe 700 Häuser zerstört werden. Vier Menschen sind dabei ums Leben gekommen. Wie man glaubt, ist das Feuer auf Brandstiftung zurückzuführen.

#### Donnerstags bei Grenoble.

Wie aus Grenoble gemeldet wird, nimmt das Hochwasser im Tale der Isere immer größeren Umfang an. Die Isere hat nachschonender vier Wochen durch Brüche und zahlreiche Überschwemmungen abgenommen. Die Isere wurde von den Fluten fortgeschoben. Unterhalb von Grenoble bildet die Isere einen 40 Kilometer langen und fünf Kilometer breiten See. Ein Pionierregiment ist damit beschäftigt, die in vielen Orten vom Wasser eingeschlossenen Bewohner zu retten. Die Überschwemmung ist auf einer Länge von mehreren Kilometern unterbrochen. Die Felder und Nebengelände stehen ein bis zwei Meter unter Wasser.

#### Bedrohliche Lage in Tunis.

Paris, 23. Oktober.

Die heftigen Regengüsse, die in Tunis seit mehreren Tagen niederkürrten, führten dazu, daß fast alle Flüsse aus ihren Betten traten. Die Araber flüchteten sich in Unterstände. In einem dieser Unterstände in der Gegend von Jazs befand sich eine Familie, bestehend aus Vater, Mutter und fünf Kindern. Dieser Unterstand wurde weggerissen. Der Vater konnte sich retten, konnte auch das jüngstgeborene Kind mit sich forttragen, aber die Mutter und vier

Kinder verblieben in den Fluten. Heute morgen traten diese etwas zurück. Man fand eines der Kinder lebend, da es mit seinen Nieren an einem Baum hängen geblieben war. Etwas weiter entfernt davon wurden die Leichen der Mutter und der drei anderen Kinder aufgefunden.

#### Neue Erdstöße in Griechenland.

Athen, 24. Oktober.

In der Nacht zum Dienstag sind in der Nähe von Korinth starke, sehr lange anhaltende Erdstöße wahrgenommen worden. Etwas später erfolgte eine zweite Erschütterung, die einigen Schaden anrichtete. Der Bewohner der umliegenden Dörfer hat sich eine große Erregung bemächtigt. Sie haben ihre Häuser verlassen und kampieren im Freien.

Sechs Bergleute in Westvirginien getötet. III. London, 23. Oktober. Nach Berichten aus Beckley in Westvirginien sind durch eine Explosion in einer Kohlengrube in Mac Alpin, zehn Meilen von Beckley entfernt, sechs Bergarbeiter getötet worden.

## Dictator Eugenberg

Der Herr über D.V.B., Film und Presse.



gesprochene Plan, die Sozialfürsorge zu ändern, d. h. noch weiter als bisher im Interesse der Unternehmer umzugestalten.

Noch immer verschweigen die Deutschnationalen das Stimmenverhältnis, mit dem Eugenberg gewählt wurde, ein deutlicher Beweis dafür, daß gewiß eine starke Opposition gegen ihn geklämt hat, die aus den beiden Gruppen der Großagrarien und Angehörten sich zusammensetzt. Eugenberg ist nämlich der ausgesprochene Exponent des reaktionären, kapitalistischen Flügels der Deutschnationalen Volkspartei. Seine Laufbahn begann als Direktor bei Rupp in Essen, den er verließ, um in den Nachkriegsjahren einen Konzern aufzubauen, der seinesgleichen nicht kennt. Zweifellos beherrscht er heute eine große Anzahl von Banken, unter denen nur die Rentenbank, die Landbank, der Deutsche Kreditverein, die Agrar- und Commerzbank, die Preussische Pfandbriefbank u. a. genannt seien. Vor allem hat er sich eine große Anzahl journalistischer Unternehmungen angeeignet, von denen besonders die Wipro (Wirtschaftspresse der Provinzpresse GmbH, Berlin) erwähnt sei. Durch diese Wipro beherrscht er ideologisch weit über die Hälfte der Provinzpresse. Der journalistische Schwerpunkt liegt dabei in der August Scherl N.-G. und dem Korrespondenzdienst der Telegraphen-Union.

Eine wichtige Stütze der finanziellen Macht Eugenbergs, der seine Politik in enger Gemeinschaft mit den Führern des Stahltrucks durchführt, ist die Monopolisierung der Zeitungs-Konzernvermittlung durch die Inhaberschaft der sogenannten Na (Vereinigte Anzeigen-Gesellschaft Haasenstein u. Vogler, Danne u. Co.). Damit ist die Macht Eugenbergs noch lange nicht begrenzt. In seinen Einflußkreis sind weitere Millionen durch das Eindringen Eugenbergs in den Film geraten. Er beherrscht die Ufa und die Deullig.

Selbstverständlich ist, daß mit dem nach außen hin so friedlich erscheinenden Abschluß der Sonntagstagung der Deutschnationalen Volkspartei deren Konflikt nicht behoben ist. Er liegt begründet im Gegensatz der Interessen der verschiedenen wirtschaftlichen Gruppierungen in der Deutschnationalen Volkspartei und wird begründet durch den reaktionären Kurs, den Eugenberg einschlägt.

Am Sonntagvormittag wurde die Beratung der Deutschnationalen Parteivorstellung nach dem Referat des am Sonntagabend neugewählten Parteivorsitzenden Eugenberg und Graf Weizsäcker pliblich ohne Aussprache geschlossen. Kennzeichnend für den extremen reaktionären Kurs, der unter Eugenbergs Leitung die Deutschnationale Volkspartei beherrschen wird, ist der von Eugenberg offen aus-

Lieber Leser, Du machst ein fragendes Gesicht? Denkst in Dainem Erschrecken über dieses furchtbare Wort vielleicht gar, es sei ein aus den bei R a n s e r n ausgefundenen Pappeln...

Nichts dergleichen! Es ist vielmehr der Reklamename der nächsten Jahr in Breslau stattfindenden Ausstellung „Woh nung und Vertrauen“.

Lieberhaupt diese Ausstellung. Sie soll die schönsten, zweckmäßigsten, gesündelsten Wohn- und Werkräume zeigen. Daneben sollen diese sogar billig sein. Schade, daß es eben nur eine Ausstellung ist.

Selbstmord zweier Breslauer Reichwehroldaten Nach einer mißglückten Adpenidiade

Die bürgerliche Presse meldet zwei Oberschützen des in Breslau- Carlswitz stationierten III. Bataillons des Infanterieregiments Nr. 7 hatten Schulden gemacht und suchten nach einem Auswege, wie sie diese begleichen könnten.

Mittelschlesien

Die Peisterwitzer Sozialdemokraten und das Volksbegehren

„Durch Kampf zum Sieg“ konnten die Peisterwitzer Proleten dieser Tage an den Anschlagtafeln lesen. Wie es aber mit dem Kampfe aussieht, davon wissen alle ein Lied zu singen.

Ausgabenanträge angenommen!

Mit 41 : 41 Stimmen — Der Vorsteher entscheidet — Best schnelle Auszahlung der erhöhten Mischöhe und Beginn der Notstandsarbeiten!

Breslau, 26. Oktober.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung hatte als wichtigsten Punkt die Verabschiedung der Deckungsvorlage. Ueber diese war in den letzten Wochen eine heftige Debatte entbrannt.

Weiterholt wurde der Erhöhung der Elektrizität um 2 Pfennige pro Kubikmeter zugestimmt, da sich unsere Genossen sagten, daß davon nur ein geringer Teil Arbeiter betroffen wird.

Frage: Warum schickten gestern die Bürgerlichen zwei ihrer Stadtvordnerten aus der Sitzung schnellsten nach Hause?

Antwort: Damit sie nicht die Mehrheit hatten, denn sonst wären die Ausgabenanträge abgelehnt worden. Das wollten die Bürgerlichen nicht, da sie dann nicht hätten haben können!

Gewerbtreibenden). Gewiß, unseren Genossen ist die Zustimmung zu den Dingen nicht leicht gefallen, aber ihre Stimmen gaben den Ausschlag.

Von Wichtigkeit war noch der kommunistische Antrag auf Senkung der Mieten in den Siedlungswohnungen, der angenommen wurde.

Die weiteren Punkte der Tagesordnung waren wenig aufregend. Der Antrag auf Straßenumbenennung wurde im Einverständnis mit der SPD. vom Stadtvordnerten-Vorsteher zur Sache gestellt.

Am Anfang der Sitzung werden einige kleine Vorlagen, u. a. die Umfesterung eines Teiles der Hundsfelder Straße, beantragt.

Die weiteren Punkte der Tagesordnung waren wenig aufregend. Der Antrag auf Straßenumbenennung wurde im Einverständnis mit der SPD. vom Stadtvordnerten-Vorsteher zur Sache gestellt.

Die weiteren Punkte der Tagesordnung waren wenig aufregend. Der Antrag auf Straßenumbenennung wurde im Einverständnis mit der SPD. vom Stadtvordnerten-Vorsteher zur Sache gestellt.

Die weiteren Punkte der Tagesordnung waren wenig aufregend. Der Antrag auf Straßenumbenennung wurde im Einverständnis mit der SPD. vom Stadtvordnerten-Vorsteher zur Sache gestellt.

Die weiteren Punkte der Tagesordnung waren wenig aufregend. Der Antrag auf Straßenumbenennung wurde im Einverständnis mit der SPD. vom Stadtvordnerten-Vorsteher zur Sache gestellt.

Die weiteren Punkte der Tagesordnung waren wenig aufregend. Der Antrag auf Straßenumbenennung wurde im Einverständnis mit der SPD. vom Stadtvordnerten-Vorsteher zur Sache gestellt.

Die weiteren Punkte der Tagesordnung waren wenig aufregend. Der Antrag auf Straßenumbenennung wurde im Einverständnis mit der SPD. vom Stadtvordnerten-Vorsteher zur Sache gestellt.

Arbeitslose 1025 000 Mark, und für Notstandsarbeiten 1 225 000 Mk. Ueber die Deckungsvorlage referiert Pleisch (Soz.). Der Magistrat hatte folgende Vorschläge gemacht: Erhöhung der Grundvermögenssteuer um 20 Prozent, der Gewerbesteuer um 50 Prozent, der Gewerbelaststeuer um 400 Prozent, des Gaspreises von 19 auf 21 Pfennige pro Kubikmeter, des Wassers von 28 auf 26 Pfennige pro Kubikmeter und der Elektrizität von 45 auf 47 Pfennige pro Kubikmeter.

Die Sitzung und Gewerkschaft des Reiches und der Länder beschließt mehr und mehr die Einnahmen des Staates und Gemeindefinanzen. Dagegen wäfen die Ausgaben der Kommunen für soziale und kulturelle Zwecke.

Der vorliegende Antragsteller der Stadt Breslau ist ein lebendiger Beweis für die ungeheure Notlage der arbeitenden Schicht der Breslauer Bevölkerung.

Den Schluß der Diskussionsredner bildete der Herr Reichstagsabgeordnete Mache, der mit vielen Entschuldigungen auf die hochgehenden Wogen der Erregung trauflieh wollte.

Den Schluß der öffentlichen Sitzung bildet der kommunistische Antrag auf Senkung der Mieten in den Neubauwohnungen.

Die weiteren Punkte der Tagesordnung waren wenig aufregend. Der Antrag auf Straßenumbenennung wurde im Einverständnis mit der SPD. vom Stadtvordnerten-Vorsteher zur Sache gestellt.

Die weiteren Punkte der Tagesordnung waren wenig aufregend. Der Antrag auf Straßenumbenennung wurde im Einverständnis mit der SPD. vom Stadtvordnerten-Vorsteher zur Sache gestellt.

Die weiteren Punkte der Tagesordnung waren wenig aufregend. Der Antrag auf Straßenumbenennung wurde im Einverständnis mit der SPD. vom Stadtvordnerten-Vorsteher zur Sache gestellt.

Die weiteren Punkte der Tagesordnung waren wenig aufregend. Der Antrag auf Straßenumbenennung wurde im Einverständnis mit der SPD. vom Stadtvordnerten-Vorsteher zur Sache gestellt.

Die weiteren Punkte der Tagesordnung waren wenig aufregend. Der Antrag auf Straßenumbenennung wurde im Einverständnis mit der SPD. vom Stadtvordnerten-Vorsteher zur Sache gestellt.

Die weiteren Punkte der Tagesordnung waren wenig aufregend. Der Antrag auf Straßenumbenennung wurde im Einverständnis mit der SPD. vom Stadtvordnerten-Vorsteher zur Sache gestellt.

Die weiteren Punkte der Tagesordnung waren wenig aufregend. Der Antrag auf Straßenumbenennung wurde im Einverständnis mit der SPD. vom Stadtvordnerten-Vorsteher zur Sache gestellt.

Die weiteren Punkte der Tagesordnung waren wenig aufregend. Der Antrag auf Straßenumbenennung wurde im Einverständnis mit der SPD. vom Stadtvordnerten-Vorsteher zur Sache gestellt.

Die weiteren Punkte der Tagesordnung waren wenig aufregend. Der Antrag auf Straßenumbenennung wurde im Einverständnis mit der SPD. vom Stadtvordnerten-Vorsteher zur Sache gestellt.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen Breslau — Stadteil Ost. Freitag 20 Uhr Mitgliederversammlung; Stellungnahme zum Bezirksparteitag. Ohlau. Freitag 20 Uhr bei Schmidt über der Ober Generalmitgliederversammlung.

- Angehörigen bei Jankle, Friedrichstraße. Sonntag 10 Uhr treten mit Kapelle bei Jankle. Ohlau. Freitag 20 Uhr bei Schmidt über der Ober außerordentliche Generalmitgliederversammlung.

# Waldenburger Bergland

## Die Sprache wiedergefunden

Lang, sehr lang hat die „Bergwacht“ geschwiegen. Erst am 21. Oktober, also acht Tage nach Beendigung des Streiks, rafft sie sich auf, auf die Kritik der „Arbeiter-Zeitung“ an der Führung des Streiks einzugehen. Wie sie das macht, davon möge sich jeder selbst überzeugen, indem er die Nummer vom Mittwoch liest. Frech behauptet die „Bergwacht“, die Kommunisten hätten die Bergarbeiter betrogen. Merkwürdig! Es waren doch Sozialdemokraten und Christen, die ausnahmslos in der Zentralkomiteeführung saßen. Es war doch ein sozialdemokratischer Vorschlag, der auf der letzten Revierkonferenz mit 188 gegen 84 Stimmen angenommen wurde. Es war der Sozialdemokrat Wissell, der den Hungerstreik für verbindlich erklärte. Plötzlich entdeckt die „Bergwacht“, daß ausgerechnet die Kommunisten die Bergarbeiter betrogen haben. Kommentar überflüssig.

Der „Bergwacht“-Artikel endet mit dem Satz: „Die Waldenburger Bergarbeiter werden sich hüten, ihr hartes Schicksal solch gelstigen Fratzen anzuvertrauen, sie werden weiter, ja noch mehr als bisher die unerschütterliche Kampffront der Gewerkschaften bilden. Sobotta Arm in Arm mit den Fischen gegen die Gewerkschaften — und so was will Arbeiterführer sein.“

Jedes Wort eine Lüge. Den Kommunisten war nicht eingefallen, gegen die Gewerkschaften zu kämpfen. Sie haben während und nach dem Streik auf die Notwendigkeit der Gewerkschaftsorganisation hingewiesen und die Unorganisierten zum Eintritt aufgefordert. Wogegen die Kommunisten und die Gewerkschaftsopposition gekämpft haben und kämpfen werden, das sind die reformistischen Führer. Diese Führer haben durch ihre Art der Vorbereitung, Führung und Abwägung des Streiks noch einmal den Nachweis geführt, daß sie alles andere, nur keine christlichen Arbeiterführer sind.

Die „Bergarbeiter-Zeitung“ widmet dem niederschlesischen Streik eine ganze Seite. Sie stellt darin mit Recht fest, daß die Forderung nach einer 15prozentigen Lohnerhöhung höchst ungenügend erledigt worden ist“ und „der elementarste Ruf der niederschlesischen Bergarbeiter nach Beseitigung bitterster Notlage unberücksichtigt gelassen ist“. Trotz dieser Feststellung versucht sie als treuer Diener der Koalitionsregierung den Reichsarbeitsminister und die Gesamtregierung in Schutz zu nehmen. Den „Genossen“ Wissell nennt sie überhaupt nicht. Dafür unternimmt sie einen Versuch, die Schuld an dem Zustandekommen des Hungerstreiks dem Wirtschaftsministerium in die Schuhe zu schieben, weil nach einer auf Veranlassung dieses Ministeriums gemachten Prüfung die Waldenburger Grubenbesitzer angeblich mit Verlust arbeiten. Pro Tonne betrug dieser Phantastie-Verlust im Jahre 1926 1,14 Mark, im Jahre 1927 0,87 Mark und im Jahre 1928 0,73 Mark. Ueber die Verbindlichkeitsklärung wird in dem Artikel gesagt:

„Durch die Verbindlichkeitsklärung des zweiten Schiedsgerichts gegen den Willen der Parteien haben sie einen vertraglichen Zustand geschaffen, der den Gewerkschaften die Fortführung des Kampfes unmöglich macht. Für diese Vergewaltigung einer hungrenden und kampfwilligen Arbeiterschaft gibt es für die Regierung nur eine moralische Rechtfertigung (!): Daß die wirtschaftliche Unmöglichkeit infolge ungünstiger Lage der Werke eine derartige Abwägung des wirtschaftlichen Kampfes bedingt. Angenommen, der Sachverhalt läge wirklich so, dann hat die Regierung nur einer Seite Rechnung getragen, und zwar den Bedürfnissen der Grubenverwaltungen. Was geschieht aber mit der niederschlesischen Bergarbeiterschaft? Sollen 27 000 ungeschulterte Bergproleten mit ihren Familien die Ungunst wirtschaftlicher Verhältnisse durch den dauernden Verzicht auf menschenwürdige Existenzbedingungen allein auskosten?“

Wir haben wiederholt nachgewiesen, daß von einer Notlage der Waldenburger Grubenbesitzer keine Rede sein kann. Abgesehen von dieser Feststellung ist es eine Unverschämtheit, Fragen zu stellen, die lediglich den Zweck haben, die empörten Bergarbeiter zu befähigen. Es war der Sozialdemokrat Wissell, der den Hungerstreik fällen ließ und ihn für verbindlich erklärte. Was sollen also die Angriffe der aus Sozialdemokraten zusammengesetzten Redaktion der „Bergarbeiter-Zeitung“ gegen die Regierung mit den SPD-Ministern?

Die Artikel der „Bergwacht“ und der „Bergarbeiter-Zeitung“ sind leere Phrasen, mit denen den Bergarbeitern nicht geholfen wird. Die Bergarbeiter wollen die Ursachen ihrer Niederlage wissen, um die Kämpfe in Zukunft besser führen zu können. Die Ursachen der Niederlage sind nur die Kommunisten und die Gewerkschaftsopposition in der Lage, aufzuzeichnen. Sie waren zu suchen hauptsächlich in der Lokalisierung des Kampfes und in dem Unterwerfen unter das Schlichtungsdiplom des Arbeitsministers.

Anfang nächster Woche veranfaßt die kommunistische Partei mehrere Versammlungen, die sich mit den Lehren des Streiks befassen werden. Wir laden die „Bergwacht“-Redakteure und die reformistischen und christlichen Gewerkschaftsangehörigen schon jetzt zum Besuch dieser Versammlungen ein. Ihnen soll uneingeschränkte Diskussionsfreiheit gegeben werden. Ob sie den Mut haben werden, zu kommen? Wir bezweifeln es. Mit Dreck aus dem Hinterhalt spritzen ist weniger gefährlich. Die Versammlungen finden statt: „Zepter“, Ober-Waldenburg, Dienstag 19 Uhr; „Weißes Kreuz“, Altwasser, Mittwoch 19 Uhr; „Schützenhaus“, Gottesberg, Donnerstag 19 Uhr. Bergarbeiter, sagt es einer dem andern! Erscheint alle!

## Gemeindevertreterwahl in Nieder-Hermisdorf

Bürgerliches Mandat gegen den Weltlichen Schulhausneubau  
Als erstes wurde die Amtseinführung des sozialdemokratischen Schöpfen Ringel vorgenommen. Da sein Vorgänger Jädel zu offensichtlich die Interessen der Arbeiterschaft verraten hatte, mußte er auf Drängen der Mitgliedschaft der SPD sein Amt niederlegen. Vom Bürgermeister wurden ihm lange Dankesworte für seine „aufopfernde“ Tätigkeit zuteil. Die Arbeiterschaft verliert an ihm nichts. Der Wechsel wurde ja nur zum Schein durchgeführt, um bei den Wahlen die Arbeiterschaft wieder fördern zu können, denn Ringel wird nicht besser als sein Vorgänger sein. — Es wurde dann der Bericht von der Gemeindehauptversammlung gegeben und eine neue Ergänzung für die Erhebung der Berufsbeiträge und deren Höhe beschlossen. Genosse Egnert wandte sich dagegen, weil man schon wieder vor der Beschneidung auf Antrag einen Teil dieser Steuer erlassen hat. — Für Ergänzung durch Straßenerhebung an dem Grundstück des „Flora-Bastins“ wurden dem Besitzer 400 Mark bewilligt. — Ein Bauplatz gegenüber dem Volkspark wurde der Quadratmeter mit 5 Mark mit der Maßnahme verkauft, daß der Käufer bis 1931 den Van beuden haben muß. Es wurde weiter eine Hypothekenhypothek für das Sportplatz-Grundstück aufgenommen. — Die Bürgerlichen glauben erneut, dem Weltlichen Schulhausneubau Krämpel in den Weg werfen zu dürfen. Sie werden immer, wenn es heißt, etwas für die Arbeiter-

schaft zu schaffen. Es wird auch ohne ihre Stimmen gehen. Begonnen wird, wenn die Mittel der Regierung da sein werden. Es wird dabei ein Teil der Erwerbslosen Arbeit finden. — Unter Punkt 11 wurde für die Beaufsichtigung der Straßenreinigung 30 Mark gefordert. Diese Arbeit sollte einem pensionierten Wachmeister übertragen werden. Genosse Egnert schlug vor, da dieser Herr mit seiner Rente leben kann, dies einem Unfallinvaliden zu übertragen. — Der Dringlichkeitsantrag auf Einstellung eines Polizeiwachmeisters wurde gegen unsere Stimmen von der bürgerlich-sozialdemokratischen Einheitsfront beschlossen.

## 21 Kollegen gemahngereit

Auf den Fürstentümer Gruben wurden anlässlich des Streiks 21 Handwerker nicht mehr eingestellt, trotz einer Vereinbarung mit den Gewerkschaften, daß Maßregelungen nicht stattfinden dürfen. Man sieht, wie frech das Unternehmertum, besonders das fürstliche Geschmeiß, ist. Die Kollegen sind durchweg organisiert und klagen beim Arbeitsgericht.

## Grubenbrand

Ein gefährlicher Grubenbrand wütet seit einigen Tagen auf der Friedens-Vollstreckungs-Grube, an dessen Eindämmung zurzeit gearbeitet wird. Als plötzlich der Damm brach, wurden zwei Bergleute von ausströmenden Kohlenoxydgasen betäubt. Der eine konnte nach sofort vorgenommenen Wiederbelebungsversuchen ins Leben zurückgerufen werden, jedoch mußte der andere Verunglückte ins Knappschäftslazarett eingeliefert werden, wo er noch daniederliegt. — Diesen Gefahren ist der Bergmann ausgesetzt und erhält dafür einen Hundertlohn.

Grubenunfall. Im Betriebe der Melchiorgrube verunglückte am Mittwoch der Schlepper Sandmann aus Dittersbach. Er geriet zwischen einen Kohlenwagen und einen Stempel, wobei ihm ein Arm gebrochen wurde.

# Niederschlesien

## Görlitz

### Der Täter endlich verhaftet

Als Täter des am 8. Oktober ausgeführten Raubüberfalls auf den früheren Altwarenhändler und Drehsorgspieler Krause im Handwerk 20 wurde der Arbeiter und Händler Paul Küster, geboren am 22. September 1895 in Zangermünde (Kr. Stenbal), festgenommen. Er wurde auf Veranlassung der Görlitzer Kriminalpolizei in seiner Heimat verhaftet, nach Görlitz transportiert und in das hiesige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. Küster hat sich bereits früher in Görlitz ausgehalten. Er hat auf dem Transport von Zangermünde nach Görlitz nach anfänglichem Leugnen die Tat eingestanden und sich als den alleinigen Täter des Raubüberfalls bezeichnet. In seinem Besitz wurden noch einzelne der bei Krause geraubten Uhren vorgefunden, während er andere versteckt hatte. Als Ursache der Tat gibt Küster, der vor der Tat in der Nachbarschaft von Görlitz in Feldschnecken genächtigt hat, an, daß er die Absicht gehabt habe, sich in den Besitz von Geldmitteln zu setzen, um nach seiner Heimat fahren zu können. Küster kannte Krause aus der Zeit, wo Krause sein Altwarengeschäft in der Nikolaitraße betrieb. Da Küster, wie der Raubmörder Walzer, linksseitig gelähmt ist und auch sonst die Personalbeschreibung mit der für Walzer übereinstimmte, gewann die Auffassung an Boden, daß es sich bei dem Raubüberfall auf den 71jährigen Drehsorgspieler Krause um eine Tat des Raubmörders Walzer gehandelt habe.

### Auflösung der Gutsbezirke

Vom Landratsamt wird mitgeteilt: Von den 70 Gutsbezirken des Kreises Görlitz wurden mit Wirkung vom 30. September 1928 bereits 61 Gutsbezirke durch Beschluß des Staatsministeriums aufgelöst. Die Gutsbezirke wurden fast durchweg mit den gleichnamigen Gemeinden vereinigt, wie im Amtlichen Kreisblatt bereits bekanntgegeben worden ist. Mit Wirkung vom 17. Oktober 1928 sind nunmehr sechs weitere Gutsbezirke vom Staatsministerium aufgelöst worden. Der Gutsbezirk Krobniß ist mit seinem Hauptteil mit der Gemeinde Krobniß und mit einem anderen Teil mit der Gemeinde Dittmannsdorf vereinigt worden. Von den Gutsbezirken Hennesdorf und Leopoldshain sind die größten Teile mit den gleichnamigen Gemeinden vereinigt, während kleinerer der Stadt Görlitz zunächst gelegene Teile mit dieser vereinigt wurden. Der Gutsbezirk Nieder-Roß ist ebenso wie der Gutsbezirk Ober-Roß mit der Gemeinde Roß vereinigt worden, und der Gutsbezirk Kunnewitz mit der Gemeinde Kunnewitz. Der Gutsbezirk Lomniß ist mit der gleichnamigen Gemeinde vereinigt. Im Kreise Görlitz sind nunmehr bis auf drei Gutsbezirke alle Gutsbezirke aufgelöst. Diese drei sind Gutsbezirke Ober- und Nieder-Reichenbach und Gutsbezirk Görlitzer Kommunalheide. Die Entscheidung bezüglich dieser drei Gutsbezirke dürfte auch in kurzer Zeit zu erwarten sein.

Zeichenraub auf Bahnhof Forst. Auf dem hiesigen Bahnhof wurde ein etwa 30jähriger gutaussehender Mann überfahren und schwer verunmündet. Wenn einige Umstände für einen Unfall sprechen, so scheint doch andererseits ein Selbstmord nicht ganz ausgeschlossen.

## Löwenberg

Schwerer Motorradunfall. An einer schlüpfrigen Straßenstelle in Partelungenmorsel geriet dem Zimmermann Seidel aus Echorbort das Motorrad ins Schleudern. Er stürzte mit seiner mit ihm fahrenden Frau und wurde in diesem Augenblick von einem vorüberfahrenden Automobil erfasst und schwer verletzt. Er liegt mit einem heftigen Schädelbruch danieder. Seine Frau ist nur leichter verletzt.

## Lauban

Vom Tode errettet. In Lichtenau stürzte das dreijährige Mädchen der Andrea'schen Eheleute in den Allaubanbach und wurde sofort fortgerissen. Lehrer Salzmann aus Löbenauf rettete das Kind.

## Goldberg

Die Grenzboten am Raminchenbau. Als ein hiesiger landwirtschaftlicher Arbeiter eine Kartoffelgrube ansah, fiel er auf einen Raminchenbau. Er griff hinein, bekam aber eine 22 Zentimeter lange Kreuzotter zu fassen, die sich um sein Handgelenk wickelte. Bevor das Reptil zum Biss kam, konnte er es abhütteln.

## Bunzlau

Ein zwölfjähriges Kind vermisst. Seit Montag wird das zwölfjährige Söhnchen des Stellenbesizers Frenzel in Benig-Balditz vermisst. Man vermutet, daß das Kind in den Mühlgraben gestürzt ist.

Achtung, Parteigenossen von Waldenburg und Altwasser! Sonntag, den 28. Oktober, vormittags 8,30 Uhr, Parteimitgliederversammlung in Waldenburg im „Gefährten“. Besondere Tagesordnung. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

## Oberes Revier

Achtung, Parteigenossen! Für alle Parteigenossen des Oberen Reviers findet Sonntag, den 28. Oktober, 14 Uhr, im Schützenhaus eine außerordentlich wichtige Mitgliederversammlung statt. Alle anderen Versammlungen dürfen wegen der Wichtigkeit dieser Versammlung nicht besucht werden. In Betracht kommen alle Genossen von Gottesberg, Ober-Hermisdorf, Alt-Lässig und Fellhammer.

## An die Parteimitgliedschaft!

Zur Vorbereitung des Bezirksparteitag finden folgende Versammlungen statt:  
am 25. Oktober in Landeshut („Zur Sonne“)  
Freiburg  
am 27. Oktober in Wästelersdorf  
Schweidnitz  
Striegau  
Königsfeld  
Liegwitz  
am 28. Oktober in Waldenburg  
Gottesberg  
Feistritz  
Zu allen Versammlungen erscheinen Referenten der Bezirksleitung. Die Parteimitglieder müssen unbedingt restlos in diesen Mitgliederversammlungen erscheinen.  
Bezirksleitung Schleifen der SPD.

vermisst. Man vermutet, daß das Kind in den Mühlgraben gestürzt ist.

## Liegwitz

### Bluttat eines Geisteskranken

Eiserstichdrama — Der Täter auf Grund des § 51 krausfrei  
Vor dem Schwurgericht wurde der mit Interesse erwartete Sensationsprozess gegen den des Totschlags angeklagten Ernst Pfeiffer durchgeführt. Lange vor Beginn der Verhandlung mußte der überfüllte Zuhörerraum geschlossen werden. Die Verhandlung entrollte eine erschütternde Alltagstragödie. Der kleine, schwermütige, bleiche Angestellte, der an der Verhandlung gegen ihn kaum teilnahm, ist vom Vater, der Trinker war und durch Freitod erbebt, stark belästet. Von Jugend auf wurde er, da er etwas beschränkt war, gehänselt und zog sich immer mehr in sich selbst zurück. Die allgemeine Anglistische, in der er lebte, wurde im Schützengraben zum Verfolgungswahn: er sah alle Geschosse auf sich gerichtet und glaubte, die Geschosse würden seinen Namen, wie wenn sie ihn rufen wollten. Nach einer Schlägerei, bei der er schwer verletzt wurde, kam er in die Heilanstalt in Bunzlau und wurde auch nach seiner Entlassung unter Pflegehaft gestellt. Die Tat selbst, die zur Aburteilung stand, spielte sich auf dem finsternen Liegwitzer Rohmarkt ab. In der Nacht zum 21. Juli hatte Pfeiffer in einer dortigen Wirtschaft Bier getrunken und schon mit mehreren Gästen Streit bekommen. Vor dem Lokal sprach er die Prostituierte Emma Rietchel an, die ihm aber ins Gesicht spie und ihm eine Ohrfeige versetzte. Daraufhin warf Pfeiffer sie zu Boden. Der Schlosser Arthur Fiedler griff ein. Aus einer Schlägerei wurde eine Messerschere, und mehrere Stiche durchbohrt, zusammen. Auf dem Transport ins Krankenhaus verstarb er. Pfeiffer machte vor seinen Richtern Notwehr geltend. Die Sachverständigen billigten ihm den Schuß des § 51 zu und erklärten ihn für im Augenblick der Tat nicht zurechnungsfähig. Auf Grund dieses Gutachtens kam das Schwurgericht zu einem Freispruch. Es wurde jedoch beschlossen, den Angeklagten als „gemeingefährlich“ der Polizei zu überweisen.

Ein Arbeitsloser stiehlt Weiskraut. In der Zeit des Hochbetriebes auf dem Güterbahnhof ist oft beobachtet worden, daß einzelfahrende Güterwagenabzüge bestohlen werden. Meistens sind es Männer oder Kinder, die auf die Wagen hinaufklettern und die offenen Güterwagen erleichtern. Am Mittwochnachmittag wurde auf dem Güterbahnhof von Anwohnern ein Mann beobachtet, der Weiskraut von einem Wagon, den er erleichtert hatte, herunterwarf. Sodann verstaute er das Kraut, aus dem er sich den Kern herausgeschält hatte, in einen Rucksack und marschierte davon. Ein benachrichtigter Polizeibeamter stellte ihn, wobei es sich ergab, daß der Mann arbeitslos war.

## Glogau

### Der Grünberger Uhrenräuber vor Gericht

Am 10. Mai d. J. hatte, wie gemeldet, der stellenlose Kaufmann Rudolf Korn aus Breslau in Grünberg einen schweren Raubüberfall begangen. Mit Revolver, Gummihüpfel und Gesichtsmaske war er in den Laden des Uhrmachers Bednors eingedrungen, hatte diesen mit dem Gummihüpfel über den Kopf geschlagen und mit dem Revolver bedroht. Auf der Flucht schoß er auf seine Verfolger, ohne jedoch jemand zu treffen. Das Schwurgericht Glogau verurteilte ihn gestern wegen versuchten Raubes, Nötigung, Weirungs und unbefugten Waffenbesitzes zu drei Jahren Gefängnis, wobei fünf Monate der Untersuchungshaft angerechnet werden. Der Staatsanwalt hatte vier Jahre Zuchthaus beantragt.

## Aus dem Riesengebirge

Plötzlicher Tod in der Schule. In der Gauerndorfer evangelischen Volksschule wurde der zwölfjährige Sohn des Arbeiters Winkler beim Frühstück von einem Anwohner befallen. Kurze Zeit darauf war der Knabe tot.

SPD-Peite in Petersdorf. Am 10. d. M. veranstaltete die Sozialdemokratische Ortsgruppe Petersdorf aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der SPD eine Feier. Als Programm wurde gegeben: 50 Jahre „Sozialistengesetz“, eine Ausstellung was sie in den 50 Jahren „geleistet“ haben, aber nicht, was sie in den letzten Jahren in den Dreck getreten haben. Durch große Agitation versuchte die SAJ die Arbeiterschaft für die Feier zu gewinnen. Frohde war die Veranstaltung ein großer Mißerfolg, denn nur ungefähr 30 Mann „füllten“ den Saal. Hieraus erhellt man, daß ein großer Teil der Arbeiter eingesperrt hat, daß die SPD nicht die Partei ist, die die Interessen der Werktätigen vertritt, sondern zerritt.